

Bezugspreis:

Für den Monat Oktober 1922... vorans zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich und Luxemburg 3,40 M. für das übrige Ausland 3,50 M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Finnland, Frankreich, Holland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Wort und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Erziehung und Reingebirg" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Mittags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Kopierzeile kostet 50.- M. Reklamazeile 20.- M. Kleinanzeigen das fertige Wort 12.- M. (zweifach zwei fertige Worte) jedes weitere Wort 10.- M. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 7.- M., jedes weitere Wort 5.- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 15.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dönhofs 292-295 und 2506-2507

Mittwoch, den 11. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-Abteilung: Dönhofs 2506-2507

Amerikas Eingreifen.

New York, 10. Oktober. (Havas.) Der Washingtoner Korrespondent der "New York World" meldet, die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß der Zeitpunkt für einen ersten Versuch gekommen sei, die Weltfinanz wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Die Regierung sei im Begriffe, gewisse bestimmte Schritte im Hinblick auf die Regelung der Kriegsschulden zu tun, bevor sie mit den europäischen Nationen zusammen an der Wirtschaftskonferenz teilnehme.

New York, 10. Oktober. (Havas.) Senator Lodge hat in einer Rede auf die internationalen Schulden angespielt und erklärt, es erlaube ihm nicht unvernünftig, wenn die Vereinigten Staaten ihre Schuldner ersuchten, in angemessener Form Bürgschaften zu liefern, wogegen die Vereinigten Staaten für die Schuldzahlung und den Zeitpunkt der Rückzahlung von Kapital und Zinsen Bedingungen von weitgehender Liberalität zu gewähren hätten.

Notendruck und Moratorium.

Paris, 10. Oktober. (WIB.) "Le Temps" weist darauf hin, daß das außerordentliche Anwachsen der deutschen schwebenden Schuld innerhalb der Reparationskommission

zum Gegenstand einer Ausharache gemacht worden ist. Nach der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. Mai sei Deutschland für die Zahlungen des Jahres 1922 ein Teilmoratorium unter gewissen Bedingungen bewilligt worden. Eine dieser Bedingungen sei, daß die schwebende Schuld Deutschlands nicht den Betrag von 281 Milliarden Papiermark, also den Betrag vom 31. März 1922 überschreiten dürfe.

Barthous Amtsantritt.

Paris, 10. Oktober. (CP.) Barthou ist heute von Dubois den Mitgliedern der Reparationskommission vorgestellt worden. Dubois hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er auf die gute Wahl hinwies, die die französische Regierung in der Person Barthous getroffen habe, der in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt und früherer Justizminister es verstehen würde, im Geiste der Gerechtigkeit und des guten Glaubens zu wirken, der vom Vertrag von Versailles den Mitgliedern der Reparationskommission zur Pflicht gemacht wird.

Kommunistische Geschäftspolitik.

Die offiziellen und inoffiziellen Diplomaten der Moskauer Sowjetregierung sind jetzt in ihrem Element. Die Orient-schwierigkeiten Englands geben ihnen die langersehnte Gelegenheit, sich auf der politischen Weltbühne bemerkbar zu machen und nach dem Rezept des seligen Machiavelli Politik mit doppeltem und dreifachem Boden zu treiben. In Moskau erleuchtet der kleine Machiavelli Karl Radek den Bericht-erstatler des "New York Herald" mit seinem heiligen Geiste, während in Berlin der offizielle Sowjetdiplomate Litwinoff vor in- und ausländischen Pressevertretern die Gründe der Ablehnung des Urquhardt-Vertrages auseinandersetzt und gleichzeitig durch die Vertreter verschiedener bürgerlicher Blätter Führer nach allen Seiten austreckt, um für die Erweiterung des Rapallo-Vertrages den Boden zu bereiten.

Deutschlands zu ihrer imperialistischen Räuberpolitik den Grenzländern gegenüber zu erlangen.

Es ist ein gefährliches Spiel, das hier von den Sowjetdiplomaten getrieben wird. Von kommunistischen Grundzügen wollen wir hier nicht reden, denn diese sind von den Geschäftspolitikern im Kreml längst über Bord geworfen worden. Aber von den verhängnisvollen Wirkungen wäre es, wenn man dieses diplomatische Spiel, das nach alten zaristischen Methoden betrieben wird, ernst nehmen oder ihm gar Vorschub leisten wollte. Deutschland hat am allerwenigsten Interesse, auch nur im entferntesten eine Politik zu fördern, die einzig und allein darauf ausgeht, die internationalen Schwierigkeiten zu vermehren und die Herbeiführung des Friedens im Orient hinauszuziehen.

Lloyd George vor den Gewerkschaftern.

In der Aussprache mit den Arbeiterführern, über deren Beginn wir in der gestrigen Abendausgabe berichteten, sagte Lloyd George weiter, er würde auch Amerika in den Völkerbund einschließen wollen. Thomas erwiderte: "Auch wir glauben, daß Amerika, nachdem es zu dem Versailler Vertrage und seinen Schwierigkeiten beigetragen hat, kein Recht hat, von seinen Verpflichtungen wegzulaufen." Lloyd George betonte immer wieder, daß die Regierung keine Politik des Krieges verfolge. Wenn sie energische Maßnahmen getroffen habe, so sei es geschehen, weil sie fest überzeugt sei, daß die Maßnahmen einen Konflikt abwenden würden. Die Regierung habe erklärt, jeden Vorschlag auf Intervention des Völkerbundes zu unterstützen. Die Weigerung, die Frage an den Völkerbund zu bringen, sei von anderen Regierungen gekommen. Ueber die Notwendigkeit der Neutralität und Freihaltung der Meeregen erklärte der Premierminister u. a.: "Wie könnte England Schritte tun, welche die Türkei in dieselbe Stellung einsehen würde wie vor dem Kriege, so daß sie die Meeregen gegen England sperren, Rumänien und Rußland erschaffen und den gesamten Handel im Schwarzen Meer abschließen könnte?" Als Ben Tillet fragte, was Lloyd George

Die Freiheit der Meeregen

die Freiheit der Meeregen nenne, erwiderte Lloyd George: "Unter Freiheit der Meeregen ist zu verstehen, daß sie genau wie jeder internationale Wasserweg sein sollen, daß die Fahrzeuge jeder Nation nach dem Schwarzen Meer und zurück ohne Einmischung passieren könnten und daß man eine Bürgschaft hat, nicht nur auf das Wort der Türken hin, sondern eine Garantie unter Beteiligung des Völkerbundes, um die freie Durchfahrt sicherzustellen. Ben Tillet fragte hierauf: "Handelt es sich dabei um Befestigungen in den Händen einer internationalen Körperschaft?" Lloyd George erwiderte: "Dies würde jene Körperschaft selbst entscheiden müssen; wenn sie es für notwendig erachtet, Befestigungen anzulegen, um die Freiheit zu gewährleisten, so würde der Völkerbund darüber entscheiden. Die Entscheidung hierüber ist nicht unsere Sache." Ben Tillet fragte weiter: "Wird im Falle eines Krieges keinerlei Eingriff in die Neutralität der Meeregen erfolgen?" Lloyd George erwiderte: "Nein."

Totes Gold!

Was geschieht zur Rettung der Mark?

Das Steigen des Dollars auf über 3000 scheint endlich auch bürgerliche Kreise aufzuwecken. Sie, die bisher alle Vorbeugungsmaßnahmen gegen den weiteren Sturz der Mark verhindert haben, beginnen jetzt einzusehen, daß weiteres Sich-austoben der Spekulation die schwersten innen- und außenpolitischen Gefahren mit sich bringt. Auf dem Demokratischen Parteitag in Elberfeld hat der bekannte Nationalökonom Professor Bonn über die Reparationsfragen gesprochen und dort gegen die weitere Markentwertung ähnliche Vorschläge vertreten, wie sie Genosse Dr. Hilferding kürzlich vor dem Reichswirtschaftsrat entwickelt hat. Nach dem Bericht des "Berliner Tageblatt" formuliert er die "Forderung des Augenblicks folgendermaßen:

Jetzt haben wir das Moratorium. Die Mark fällt trotzdem weiter. Ihr Fall, nicht der Sozialismus, expropriert weite Schichten der Bevölkerung, aber darüber hinaus dröhrt der Zerfall des Staates in wirtschaftliche Gruppen. Es darf nicht geduldet werden, daß durch industrielle Kräfte im Innern die Mark dauernd verschlechtert wird. Die Regierung hat die Pflicht, vorzugreifen und nach festen Plänen die Mark zu stabilisieren, auch wenn dazu die Goldreserve der Reichsbank benötigt wird.

In der gleichen Nummer des "Berliner Tageblatts" werden kritische Bemerkungen der "Germania" über die Spekulation unter der bezeichnenden Ueberschrift: "Gegen die Gewissenlosigkeit der Markspekulanten" abgedruckt, und hinzugefügt: "Es erscheint uns notwendig, daß mit aller nur erdenklichen Strenge durchgegriffen wird."

Das ist auch unsere Meinung. Seit Monaten fordern wir Maßnahmen gegen den weiteren Sturz der Mark und zur Verhinderung der Devisenspekulation. Dabei haben wir aber durchaus nicht die äußeren Symptome zu kurieren gesucht. Wir waren uns im Gegenteil vielmehr vollkommen darüber im klaren, daß die Möglichkeit einer wirksamen Bekämpfung der mit allen Händen gehegten Spekulanten davon abhängt, daß zuerst der Markentwertung Einhalt geboten, das Vertrauen zur Mark wiederhergestellt wird und für die ausländischen Devisen, die nur als Kapitalsanlage dienen, durch ein wertbeständiges inneres Anleihepapier Ersatz geschaffen wird. Jetzt ist es nun allerhöchste Zeit, daß unverzüglich diese Vorschläge verwirklicht werden. Wir brauchen eine Stützungsaktion der Mark durch die Reichsbank, die Schaffung einer inneren wertbeständigen Goldanleihe und scharfe Maßnahmen gegen die Devisenspekulation.

Bisher stehen diese Forderungen teils auf den offenen Widerstand der auf den weiteren Marksturz spekulierenden, teils auf Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit. Herr Stinnes hat ja noch in den letzten Monaten vor der "Gefahr" der Markbesserung gewarnt! Andere haben sich allein von der Sehnsucht leiten lassen, den Goldschatz der Reichsbank ungeschmälert weiter in ihren Tresors aufbewahren zu können, ohne die Gefahren zu erkennen, die eine solche passive Politik nach sich zieht. Bedenken die Bemerkungen des "Berliner Tageblatt": "daß zuständige Persönlichkeiten, die jetzt noch nichts tun, ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sind und sich zurückziehen sollen", die Erkenntnis der ungeheuren Gefahren, in denen wir uns gegenwärtig befinden, so wird man wohl von jedem verantwortungsvollen Politiker verlangen dürfen, daß es nicht bei dieser Erkenntnis bleibt, sondern daß Handlungen folgen.

Daran aber hat es bisher vollkommen gefehlt. Bereits vor Wochen ist mitgeteilt worden, daß dem Kabinett ein Gesetz gegen die Devisenspekulation unterbreitet worden ist. Nie hat man davon etwas gehört, daß es weitergegeben wurde. Wo liegen die Hemmungen, die den Dollarspekulanten zur Freude, aber zum Unglück des deutschen Volkes, jeden Schritt bisher verhindert haben? Was hat insbesondere die "autonome" Reichsbank zur Verhinderung des Marksturzes getan? Die eine Milliarde Gold, die bei ihr ruht, gehört nicht ihr, sondern dem deutschen Volk. Und es verlangt, daß dieser Schatz nicht brach liegt, sondern seinem eigentlichen Zweck, der Stütze der deutschen Währung, dienstbar gemacht wird.

Daß bisher noch nichts geschehen ist, hat die Antwort des Reichszensors Bauer in der vergangenen Woche gegenüber den Gewerkschaften bestätigt. Diese Untätigkeit aber ist nicht nur eine Gefahr nach innen, sondern eine ebenso große nach außen. Es ist eine kindische Illusion anzunehmen, daß das Ausland uns helfen werde, wenn wir selbst nicht die Maßnahmen treffen, zu denen wir imstande sind. Wer kann annehmen, daß die Entente oder Amerika uns eine Anleihe gewähren wird, ohne die Forderung auf Finanz- und Wirtschaftskontrolle zu erheben, wenn wir durch unsere Latenzlosigkeit das Mißtrauen im Ausland gegen unseren guten Willen aufs neue gewaltig verhärtet haben?

Es wäre aber auch ein Irrtum anzunehmen, daß die Regierung allein die Schuld daran trage. Sie hat manche Vorschläge gemacht. Sie ist dabei aber immer auf den schärfsten Widerstand der bürgerlichen Parteien

und der Interessenten gestochen. Die Einfuhrsperre für Tabak, die das Wirtschaftsministerium angeordnet hatte, damit durch Devisensparnis wenigstens unsere Brotversorgung sichergestellt wird, mußte auf Verlangen des den Interessenten gehörigen Reichsrats und des Landwirtschaftlichen Ausschusses des Reichstages aufgehoben werden. Nach deren Willen soll es bei der nur ganz geringfügig erschwerten großen Tabakeinfuhr bleiben ohne Rücksicht darauf, ob wir dann noch unsere Bevölkerung mit Brot versorgen können.

Nach Kandaläber ist die Masseneinfuhr von Mais zur Herstellung von Spirit, die den unmittelbaren und stärksten Anlaß zu dem letzten Marktsturz gegeben hat. Sie ist beschlossen worden von dem Beirat des Branntweinmonopols, dessen große Mehrheit aus Agrariern besteht. Bei dem geringen Angebot von Devisen mußte die gewaltige Nachfrage den Sturz der Markt herbeiführen. Trotzdem ist diese Maßnahme vom Reichsfinanzministerium gebilligt worden. Sie hat zwar unermeßliches Unglück über Millionen Menschen gebracht, die Teuerung gewaltig verstärkt, die Wirtschaft aus neue erschüttert, das Finanzelend der öffentlichen Körperschaften vergrößert — sie bringt aber doch wenigstens den „notleidenden“ Agrariern neben Riesengewinnen bei der Spiritherstellung auch die gewaltigsten Wuchergewinne für freies Getreide. Von etwa 50 000 Mark auf 120 000 Mark ist die Lonne Roggen am freien Markt gestiegen!

Solche Zustände sind unerträglich und unverantwortlich. Ihnen muß rücksichtslos vorgebeugt werden. Man möge sich darüber im Klaren sein, daß wir auf einem Pulverfaß leben und daß ein Funke genügt, um die schwerste Erschütterung auszulösen. Noch ist es Zeit. Die Stützungsaktion für die Mark muß in Angriff genommen werden. Die Aufgabe ist gewiß nicht leicht, aber sie ist lösbar. Und sie muß gelöst werden.

Demokraten und Arbeitsgemeinschaft.

Winkel für die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Wogen gehen heute, da die Arbeitsgemeinschaft zur Debatte steht, sehr hoch. Die Woge wird durch folgenden kleinen Zwischenfall gekennzeichnet: Als der Vorsitzende Senator Petersen in seiner Verteidigung der Erfüllungspolitik bemerkte, daß die Deutsche Volkspartei gelegentlich wieder einmal von dem Bankrott der Erfüllungspolitik spreche, erklärte prompt aus den Reihen des Parteilages der Jurist: „Daher der Name Arbeitsgemeinschaft.“

Vorstand und Anstalts haben dem Parteilag folgende Resolution vorgelegt: Der Parteilag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuführen und die vorhandenen Gegensätze zu überbrücken. Er nimmt es als selbstverständlich an, daß die Arbeitsgemeinschaft die Selbstständigkeit der Parteien und die Aufrechterhaltung ihrer Grundzüge nicht beeinträchtigen wird.

Die Opposition hat gestern unter Führung von Tamm und Preuß gefordert, getagt und hat zu dem offiziellen Antrag folgende Ergänzung vorgeschlagen: ... und festsetzt, daß sie nicht als Anbahnung einer Scheidung zwischen bürgerlichen und sozialistischen vereinigten Parteien wirkt. Der Parteilag legt gleichfalls vor, daß die Parteien der Arbeitsgemeinschaft in ihren Reihen keine Agitation gegen die Politik der Republik dulden.

Dieser Ausweg ist von der sehr starken Opposition wohl deshalb gemahnt worden, weil sie die Reichstagsaktion wohl nicht gut dekanalisieren kann und will. Die Arbeitsgemeinschaft fand in dem Senator Petersen einen guten Verteidiger, dessen Kunstfertigkeit über das Demagogische streifte. Er vergräbt von vornherein den Gedanken der Politik der Mitte mit dem der Arbeitsgemeinschaft und führt aus, daß die Arbeitsgemeinschaft eine Frage der Politik sei, daß sie der Fundierung der Republik dienen müsse, auf breiter Mitte, für all diejenigen, die guten Willens sind, mitzuwirken. Mit vieler Kunst verstand er, viele Bedenken zu überwinden, die in den Reihen des Parteilages vorhanden sind. Die Arbeitsgemeinschaft befände die Republik nicht in Gefahr. Nicht die monarchistische Agitation, die vor allen Dingen keine Präzedenzen habe, sei eine Gefahr für die Republik, sondern die Ungehörigkeit der Partei, die über

jede Gefinnung eine Urkunde auf Herz und Nieren haben wolle. Wie die Unabhängigen, so habe sich auch die Deutsche Volkspartei zur Politik der Mitte bekennt. Damit habe sie die Verantwortung übernommen, die Republik zu sichern. Als lebhafter Widerspruch laut wurde, betonte Petersen, daß die Arbeitsgemeinschaft zu Ende sei, wenn die antirepublikanische Agitation der Deutschen Volkspartei nicht aufhöre.

Guter Beifall, der auf diese Feststellung folgte und die Stimmung des Parteilages kennzeichnete, veranlaßte Petersen zu der Bemerkung, daß der Beifall doch nicht beweisen habe, daß die Arbeitsgemeinschaft bald zu Ende sei. Auch in der Arbeitsgemeinschaft werde die alte demokratische Politik verfolgt.

Die Diskussion über die innere Politik beschränkte sich auf die Frage der Arbeitsgemeinschaft. Es kamen nur zwei Redner zu Wort, der oldenburgische Ministerpräsident Tangen und der Rechtsanwalt Haas (Karlsruhe). Tangen hat die Opposition lahmgeführt, man kapituliere mit fliegenden Fahnen. Gegen 28 Stimmen wurde eine Resolution Haas angenommen, wonach die Ausführungen Petersens mit Genehmigung entgegengenommen und gebilligt werden. Viele Delegierte enthielten sich der Abstimmung, darunter auch der Abg. Erkelenz. Nach einem Vortrage Reichrats wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. die Reform der deutschen Wirtschaft gefordert wird. Mehrere Resolutionen richten sich gegen den Preiswucher.

Eine Guldigung für den Reichspräsidenten.

Nach Abschluß der Debatte nahm der Vorsitzende Senator Petersen das Wort und sprach dem Reichspräsidenten den Dank der Deutschdemokratischen Partei für seine ausgezeichnete Führung der Geschäfte aus, besonders auch für das deutsche Denken und Handeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß er mit großer Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten gewählt werde.

Die Ausführungen riefen einen spontanen Beifallssturm hervor, der minutenlang andauerte und sich des öfteren wiederholte.

Urbarmachung der Oedländerereien.

Eine Aktion Groß-Berlins.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Hebung der deutschen Lebensmittelproduktion durch Urbarmachung der deutschen Oedländerereien und Moore bildete Dienstag mittag den Gegenstand einer eingehenden Besprechung, zu welcher der Oberbürgermeister von Berlin Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Arbeitnehmersverbände in das Rathaus eingeladen hatte. Die Resorption der in Deutschland gelegenen etwa 27 Millionen Hektar Oed- und Moorland und die Schaffung von Kulturgärten um die großen Städte, würde nicht nur die heimische Erzeugung wesentlich vermehren und der Volksgesundheit neue Quellen eröffnen, sondern sie würde auch für Zeiten der Arbeitslosigkeit Arbeitsgelegenheit in großem Umfang schaffen. Die steigende Geldentwertung und der Zwang zu immer weiterer Einfuhr von Lebensmitteln, d. h. Ausfuhr von vielen Milliarden Mark, muß zu einer Katastrophe führen, von der in erster Reihe die deutschen Großstädte betroffen würden. Die Rückwirkung auf das ganze Land würde nicht ausbleiben, wenn über die Bevölkerung in den Städten Teuerung, Hunger und Arbeitsnot hereinbrächen. Die erschienenen Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes, des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter und Angestellten waren einig in der Forderung, daß die schnellste Durchführung der Rekolonisation in größtem Ausmaß gefordert werde. Die Vertreter der genannten Spitzenorganisationen werden dem Oberbürgermeister Böhm, dem Reichsfinanzminister, dem Finanzminister und dem Reichsernährungsminister ihre Auffassung der Lage vorzulegen.

Der Schilling der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat verfügt, daß die von deutschen Gerichten über Smets verhängten Strafen nicht vollstreckt werden dürfen. In einer Begründung sagt die Rheinlandkommission, daß die Taten des Smets von „einer winzigen Wichtigkeit“ sind, daß die deutschen Gerichtsbehörden „nicht befreit seien von der Sorge um

eine genaue Gerechtigkeit, und daß Smets wegen politischer Vergehen verfolgt wurde. Dieser Smets hat in verschiedenen Urteilen dem Reichspräsidenten vorgeworfen, er sei ein Säuer und habe, während das deutsche Volk hungerte, rationierte Lebensmittel ohne Marken bezogen; er hat verschiedene deutsche Beamte als „gemeiner Bandit“ und „Landesverräter“ beschimpft und ihnen „unerhörte Brutalität“, „hundsgemeine Handlungsmethode“ u. a. vorgeworfen. Aber für die aus Abgesandten der englischen, französischen und belgischen Demokratie bestehende Rheinlandkommission sind alle diese Rohheitsausbrüche nur „Taten von winziger Wichtigkeit“!

Gemeinnütziger Wiederaufbau.

Die französische Delegation für die Berliner Konferenz.

Die Hoffnung des Herrn Stinnes, durch sein Abkommen mit Herrn de Lubersac die Wiederaufbauarbeiten in Nordfrankreich bzw. die Materiallieferungen für diese Arbeiten zu monopolisieren, dürfte erschütternd durchkreuzt sein. Der Gegenstoß des mit den französischen freien Gewerkschaften Hand in Hand gehenden Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete sowie des mit dem ADGB. konform gehenden Verbandes sozialer Baubetriebe kommt allmählich zur vollen Entfaltung. Nach der Kölner Konferenz vom 22. September haben in Paris mehrere Besprechungen zwischen den Führern des Aktionsausschusses und den zuständigen französischen Ministern stattgefunden, um dem mit dem „Verband sozialer Baubetriebe“ in Aussicht genommenen Vertrage die selben Vorteile und Garantien zu bieten, die für das Abkommen Stinnes-Lubersac namentlich bezüglich der Freigabe von Reparationskosten französischerseits bereits zugesichert worden sind. Diese Besprechungen haben bisher einen befriedigenden Verlauf genommen und werden noch bis zur endgültigen Konferenz, die in Berlin am Montag, den 23. Oktober, stattfinden wird und auf der der Vertrag mit dem „Verband sozialer Baubetriebe“ endgültig unterzeichnet werden soll, fortgesetzt.

In einer Sitzung des Aktionsausschusses, die am vorigen Freitag in Paris stattgefunden hat, ist die französische Delegation bestimmt worden, die an der Berliner Konferenz vom 23. Oktober teilnehmen soll. Sie setzt sich aus folgenden Parlamentariern, Bürgermeistern und Arbeitervertretern zusammen: Doucédame, Generalrat des Departements Aisne; Roche, Bürgermeister von Reims; Charpentier, Senator des Departements Ardennes; Poittevin, Abg. des Departements Marne; Charlon, Bürgermeister von Hénin-Vietard; Loth, früher Abg. und jetzt Generalrat des Departements Pas-de-Calais; Sautrin, Generalsekretär der Wiederaufbauvereinigungen des Departements Meuse, und den Genossen Ringulier, Abg. des Departements Aisne; Marcel Laurent, 2. Sekretär des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes, Grumbach und Cordier als Vertreter des französischen Bauarbeiterverbandes. Letzterer wird an der Konferenz als Vertreter seines Verbandes für den Fall teilnehmen, daß die Verwendung deutscher Arbeitskräfte hier beschlossen wird.

Die Verhandlungen in Mudania.

London, 10. Oktober. (Havas.) Aus Mudania verlautet vom 9. Oktober. General Harington habe Semet Pascha die mit den Generalen Charpy und Rombell beschlossene Konvention mitgeteilt. Diese setze die Wiederabritung Treuzens unter gewissen Bedingungen vor, namentlich unter der Voraussetzung, daß durch eine gemischte Kommission eine neutrale Zone festgelegt werde, damit die Sicherheit der Truppen und die Freiheit der Bewegungen gewährleistet sei. Semet Pascha habe in seiner Antwort erklärt, er habe die Konvention in dem gleichen persönlichen und lokalen Geiste geprüft, den die Alliierten an den Tag legten. Er müsse jedoch wegen gewisser neu hinzugekommener sowie wegen gewisser fortgeschrittener Punkte die Bedingungen der Regierung von Angora unterbreiten. Semet Pascha habe versprochen, seine Antwort am 10. Oktober, 5 Uhr nachmittags, mitzuteilen.

Venizelos hat sich bereit erklärt, die griechische Regierung in den westlichen Hauptstädten zu vertreten.

Hof im Krankenhaus.

Von Eise Feldmann.

Lezte Sonntage. Wenn man von draußen kommt, von der Straße, von der Welt, sieht man einen Augenblick die beklemmende Stille. Draußen geht das Leben weiter: man hört die Signale der Straßenbahn und der Autos, der Lärm und die Erregung der Menschen dringen durch das offene Tor herein; Zeitungen werden ausgerufen. —

Hier auf den Betten unter den Bäumen liegen die Kranken. Das Laub fällt langsam, zitternd auf ein loderliches Gesicht. Eine junge Frau sagt zur Krankenschwester: „Die Natur ist so gut, die Natur ist gerecht; im Herbst muß alles sterben, alles geht zugleich zur Ruh.“ Das Leben der Menschen ist nicht so gut, nicht gerecht; die einen müssen dahin, während die anderen blühen und leben. — Die Schwester gab ihr ein Betäubungsmittel: „... das Leben der Menschen ist nicht gut.“

Eine alte Frau kam mit Blumen. Die Frau war noch gar nicht so alt, sie sah nur so unendlich traurig aus. Einen kleinen Strauß hatte sie in der alternden Hand; sie hatte ihn draußen bei der Blumenfrau gekauft: eine ganz dunkelrote Rose, zwei gelbe, zwei rosa und zwei rote Rosen, eine große weiße Aster und ein bißchen Farnkraut; das Ganze war schönlich auf Draht gezogen.

„Dort liegt Ihre Tochter!“ rief ihr die Schwester zu. Sie ging zu dem Bogen. Das war nicht mehr ihr Kind, so mager, so dünn, so bleich, ein ganz blaß-blaues Gesichtchen; nur die blonden Zöpfe waren noch jung und lebendig. Die Mutter legt die Blumen auf das Bett in die weichen, papiernen Hände, und sie weint nicht, sie steht nur immer auf ihr Kind und sagt: „Mein Kind.“

Zwei Kerze gehen vorüber in weißen Mänteln, rauchen Zigaretten, plaudern. Auf den Bänken sitzen junge Burken, Kinder mit amputierten Beinen; die Krüden stehen neben ihnen.

Der Wagen mit dem Essen fährt die Allee hinauf. Der Herr Professor ist im Auto angekommen, begibt sich in seinen Saal.

Aus der Anbahnung hört man kurze, durchdringende Schreie. Man sieht durch das offene Fenster Blut und Knochen. In der Herzabteilung ist es ruhig, lautlos. Die Kranken liegen unter Decken. Das Atmen ist ihre schwerste Arbeit. Ihre Augen sind wie weltentrückt. Wenn Besuch kommt, ein Vater, eine Mutter, ein Sohn, ein Bruder, so schweigen sie meist; reden strengt sie an und die Mutter oder der Vater sagen leise: „Sag mir nichts, sei nur still.“

Im Park vor der Augenklappe liegen die armen galizischen Flüchtlinge mit der schweren karpatischen Augenkrankheit, dem Trachom. Ein alter Jude, fast blind, steht ansehnlich an einem Laternenpfahl. Er ist aus Sadagora und ganz allein. Seine Familie ist im Krieg umgekommen. Er trägt einen breiten grünen Schirm, seine Augen sind reißendes Rot.

Und noch ein paar Invaliden, Nachzügler, Genesende. Sie sind schon lange genug da. Sie sind übermüdet, haben eine Mundharmonika, einer hat eine Ocarina; sie spielen, pfeifen, trällern Lieder und machen das schönste Konzert — aber nur gedämpft — alles ist hier so gedämpft. — ein Krankenhaus — still, kinderleis, still. — Wollt ihr lachen, ihr früheren Soldaten, obgleich ihr starken Schaden genommen habt? Bei dem einen sieht man die künstliche Schulter,

bei dem anderen das Holzbein. Ein Vorübergehender hat ihnen die heutige Zeitung gebracht. Welch ein Geschenk! Der eine liest lachend vor: Großer Eisenbahnstreik in England! Er wirft die Zeitung hin. Alle schauen einem Dienstmädchen nach, das mit ihrem Korb, können dahingelacht, sich umdreht und lacht.

„Habt ihr gesehen,“ sagt der eine, „wie sie gelacht hat?“

„Was willst?“ sagt der mit der künstlichen Schulter, „wir sind Krüppel.“

Am sonnigsten Fleck, mitten auf dem trockenen Rasen, sitzen auf den kleinen Klappstühlen die Schwangeren. Sie leben hier in den Tag hinein und warten auf die Geburt. Dienstmädchen, ledige Frauen; manche sind hübsch und sorglos, der Leichtsinn schaut ihnen aus den Augen. Andere aber wieder sitzen da in Schwermut und Verzweiflung. Eine ist ganz zerknirscht und weint den ganzen Tag. Sie fragt immer, ob kein Brief für sie da sei.

Draußen geht das Sterbegelächter. — Die Schwangere seufzt — sie weint. Dunkel ist der Tod — dunkel ist das Leben.

Stattgatter Denkmalsiegling. In diesen Tagen fand in Stuttgart die Tagung für Denkmalsiege und Heimatschutz statt. Der rechtliche Schutz des beweglichen Kunstbesitzes war das Thema eines Vortrages von Professor Ambros (Wien). Er forderte u. a., daß die Kunstwerke im öffentlich-rechtlichen Besitz im wesentlichen steuerfrei seien; nur im Falle ihrer Veräußerung wären nachträglich Steuern zu fordern. Der private Besitz sollte, soweit nach Wert und Vorgeschichte ein öffentliches Interesse an seiner Erhaltung besteht, steuerfrei sein, so lange er nicht veräußert wird.

Private Sammlungen, die als Vermögensanlage und Spekulationsobjekte angelegt werden, müßten durch unbedingtes Veräußerungsverbot für eine bestimmte Anzahl von Jahren gegen den Verkauf geschützt oder es müßte ein längerer Bestand der Sammlung und zwar für alle einzelnen zu befreienden Gegenstände nachgewiesen werden. Zur Hebung des Handels seien öffentliche Veräußerungsstellen einzurichten, die das Publikum beim Verkauf unterstützen, auch die Kunstversteigerungen seien zu begünstigen, weil sie im ganzen einen höheren Weg bieten. Anregungen von Professor Bruk (Dresden) über die Beaufsichtigung und Leitung der Orismuseen wurden für spätere Beratungen zurückgestellt. Der Direktor der Kunstabteilung des preussischen Kultusministeriums, Ministerialdirektor Rentwig, erwähnte dabei, daß in Preußen schon versucht wurde, Einfluß auf die Orismuseen zu gewinnen. Regierungs- und Baurat Jüngen sprach über Eisenbahntrekkanten und wandte sich besonders gegen die Streckentekame, die jetzt überall in Deutschland die Landschaft zu verhandeln beginnt, wenn da z. B. alte Bienenhäuser, Wäldchen und dergleichen mit aufstrebenden Plakaten versehen werden. Den Interessenten kommt es gar nicht darauf an, die schönsten Blicke auf die Landschaft, auf das Hochgebirge von der Bahn aus mit solchen Plakaten zu „verschönern“. Auch gegen die regellose Plakatierung in den Empfangsgebäuden der Bahn forderte Jüngen rücksichtsloses Einschreiten. Dabei hat die Eisenbahntrekkantenausstellung des vorigen Winters in Berlin viele Wege gezeigt, wie man solche Plakatierung anständig machen kann.

Am Anschlag an Darlegungen von Baurat Wächter (Wlm) über den Zustand des Hiner Münsters und der Chlinger Frauentirche forderte eine Entschlebung die tatkräftige Hilfe des Reiches und der Länder für die Erhaltung der einzigartigen kirchlichen Baudenkmäler.

Chreedomherr — Mitterand. Die römischen Domherren von St. Johann beim Kaiser haben den Gebrauch wieder aufgenommen, eine lehrliche Messe zu lesen, um die Segnungen des Himmels herabzusuchen auf ihren Kontrakter, den „Chreedomherrn Mitterand“.

Der Brauch geht zurück auf Heinrich IV., der dem Kapitel von St. Johann die Abtei Clairac schenkte, wofür zum Dank das Domkapitel den König von Frankreich zum Chreedomherrn ernannte. Das Kapitel erfreute sich der Einkünfte der Abtei bis zur Revolution. Die Revolution gab sie nicht zurück, bei dafür aber eine Rente von 24 000 Fr. und der Titel wurde erneut. Louis Philipp hob die Rente auf und verlor sein Kontrakt. Napoleon III. bewilligte sie von neuem und erhielt hierfür den Domherrentitel. So blieben die Dinge bis zur Trennung von Staat und Kirche, und sämtliche Präsidenten der französischen Republik, mit Ausnahme von Boulanger, waren Chreedomherrn. Bei der Trennung wurde die Rente von neuem aufgehoben und der Titel des Präsidenten unterdrückt. Soeben hat das Kapitel den Titel zu Ehren Mitterands wiederhergestellt, obgleich weder der französische Staat noch der Präsident die jährlichen 24 000 Fr. ausbezahlt haben. Es ist also ein lustloser Höflichkeitstitel der Domherren von St. Johann beim Kaiser.

Da Herr Mitterand durch Verehrung eines päpstlichen Ordens außerdem (von Baron des heiligen Stuhls) geworden ist, so dürfte seiner ewigen Glückseligkeit nichts mehr im Wege stehen.

Gefährdende Zahlen. Die Berichterstattung des Reichsgesundheitsamtes über die Hauptzahlen für die Bevölkerungsbedeutung des ersten Halbjahres 1922, und zwar für die deutschen Großstädte, zeigt, daß die Geburtszahlen gegenüber dem Vorjahr nicht unerheblich zurückgegangen sind und die Sterbefälle an Tuberkulose um ein Geringses, an Lungenerkrankung und Influenza erheblich zugenommen haben. Die Gesamtsterblichkeit war, wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ schreibt, beträchtlich höher als in dem 1. Halbjahre 1921, das allerdings besonders günstig war. Ihren Tiefstand haben im allgemeinen nur die Sterblichkeitsziffern bei den akuten Infektionskrankheiten befallen.

Russische Studententat. Die Moskauer „Dowestnik“ schildern die schwierige Lage der russischen Studentenschaft zu Beginn des neuen Semesters. Der Staat wird aus Sparmaßregeln nur 25 Proz. der Studenten weiterverfolgen. Besonders in Moskau haben sie auch mit großen Wohnungsnotstand zu kämpfen, die für die große Masse der aus der Provinz kommenden Studenten noch dadurch gesteigert werden, daß auch die Studentenheime den staatlichen Stipendien vorbehalten bleiben. Infolge der Kürzung des Staatspersonals werden die Studenten ihren Lebensunterhalt nicht mehr durch Arbeit in den Behörden erwerben können, wie es bisher oft geschah. Die Hochschulbehörden verdrängen Privatmittel für die Studienhilfe heranzuziehen und die Stellung von Stipendien durch Privatpersonen und private Vereine zu fördern. Wegen Kürzung der staatlichen Kredite mußte ein Drittel der bei den Hochschulen unter dem Namen von „Arbeiterkassen“ bestehenden Vorbereitungsstufen zum akademischen Studium geschlossen werden.

Rechtszwecker. Der Beginn des Richard-Alexander-Kapitels als „Schlafwagen-Kontrollleur“ ist nunmehr definitiv auf den 25. Oktober festgesetzt worden.

Eine große Wohnwertzeichenausstellung wird unter dem Protektorat des Postministers Niederts am 15. in den Festräumen des Zoo eröffnet werden.

Eine Ueberraschung im Rathenau-Prozess.

SPD. Leipzig, 10. Oktober.

Vorgestern hatten wir die Bekanntheit des Vertreters des Nationalen Jugendbundes gemacht, gestern lernten wir Heinz Stubenrauch kennen, den Vertreter des Bundes der Aufrechten. Jener war ein Studierant, dieser ein Unterprimaner. Aber die Altersunterschiede scheinen bei den Nationalen keine Rolle zu spielen, wenn es sich um Verbeugung handelt. Aus den jungen Stubenrauchs werden alte Studienräte, die wieder junge Stubenrauchs heranzüchten.

Die große Sensation dieses Tages ist die früher schon erörterte Geschichte mit dem Koffer, von der Persönlichkeit, die sich beim Angeklagten Wismann nach ihm erkundigt hat, und über die sowohl von Wismann als von dem Zeugen Funke jede Auskunft verweigert wird. Man geht wahrscheinlich nicht fehl, wenn man annimmt, daß diesem Koffer eine größere politische Bedeutung zukommt, als von den Angeklagten und von der Verteidigung zugestanden wird. Es scheint, daß in dem Koffer noch mehr vorhanden war, als nur ein paar Wäschstücke der Mörder. Wahrscheinlich sind es Briefe gewesen, politische Schriftstücke, kostbares Beweismaterial. Man muß nur sehen, welche Ausregung sich der Angeklagte Wismann und Tschow bemächtigt, wenn die Rede vom Koffer ist. Die Rechtsanwälte der Reaktion klüffern miteinander und Tschow wird abwechselnd blaß und rot, und Wismann neigt sich vor, um besser zu hören. Die Koffer sind vom Gericht gefunden, sie werden vor die Zeugen gebracht, aber angeblich nicht erkannt, und das Geheimnis, das um sie lagert, wird nicht aufgedeckt.

Am Schluß der Verhandlung wird Brüdiger vernommen, ein sehr zweifelhafter Patron, ein Spitzel nach beiden Seiten. Nach seiner Aussage sind ihm von der D. C. monatlich 5000 Mark versprochen worden. Das geschah zu einer Zeit, in der der Wert der Mark noch ein beträchtlicher war und die Summe von 5000 M. eine recht ansehnliche gewesen ist. Und diese Summe bestätigt mehr als alles bisher in dem Prozeß zur Sprache Gekommene den Verdacht, daß diese Verschwendungen nicht die Dummenjungenstreichs sind. Wieviel Gehalt und Borschuh mögen da erst die bewährten alten Mitarbeiter erhalten haben? Es ist viel zu selten darauf hingewiesen worden, daß es bezahlte Mörder sind, mit denen man es hier zu tun hat. Es mag sein, daß Tschow oder ein anderer Primaner nur aus Wahnwitz getötet haben. Aber der sogenannte „Kampf gegen den Materialismus“, wie der Studierant Reich sagte, wurde geführt im Zeichen des Materialismus. Brüdiger hat 5000 M. erhalten — die anderen zehn- und zwanzigttausende. Gedungene Mörder sind es mit dem falschen Heiligenschein des Frantismus. Wer aber hat sie gedungen? Wer bezahlt? Sicherlich nicht der „Geist“ von Potsdam. Der kann sich weder Autosfahrten leisten noch teure Altküchen, weder Spitzel noch Maschinenpistolen.

Verhandlungsbericht.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Sustizrat Dr. Hahn zum Zeugen Prozeßler: Haben Sie denn gesehen, daß an jenem Tage jemand in der Nähe der Villa ausgeführt hat? Zeuge: Nein.

An Hand des anhängigen Wones wird dann festgestellt, daß Tschow das vor der Villa stehende Rathenau'sche Auto nicht gesehen haben konnte, sondern erst erblickt haben muß, als der Wagen die Kreuzung der Königsallee und Joseph-Dachsm-Strasse in der Richtung Berlin passierte.

Der nächste Zeuge ist der Chauffeur Albert Buchna aus Freiberg i. Sa., der Wagenfahrer des Generaldirektors Rüdigermeister der Sächsischen Eisenindustrie Freiberg, dessen Sohn, Johannes Rüdigermeister, bekanntlich Mörder ist. Buchna vernahm, wie Tschow zu Rüdigermeister sagte: „Da wird einfach die Nummer vorn und hinten verhängt oder abgeschraubt.“ Als Tschow sich dann umdrehte, sah er überrascht zu sein, daß der Chauffeur nicht dabei stand, und erklärte darauf zu ihm: „Nicht wahr, so macht man's, wenn man ein Auto stiehlt?“ Der Zeuge erwiderte: „Das weiß ich nicht, ich habe noch kein Auto gestohlen.“ Später im Lokal mit Buchna dann wiederholt gehört haben: „Das bekommen man im nächsten Waffenschatz.“ Was damit gemeint war, weiß er nicht. Auch später, als Tschow mit einem zweiten Herrn, anscheinend Brand, sich unterhielt, will Buchna dieselbe Aeußerung gehört haben. Vorl.: Tschow, was sagen Sie dazu? Angekl. Tschow: Ich besinne mich auf diese angeblichen Aeußerungen absolut nicht.

Hierauf wurde unter allgemeiner Spannung der 18jährige

Primaner Heinz Stubenrauch.

der Sohn des Generals Stubenrauch aus Stealitz, vernommen. Der Zeuge, der unerschrocken bleibt und einen sehr gewissen Eindruck macht, äußert sich auf die Fragen des Vorsitzenden in sehr präziser Weise. Vorl.: Sind Sie der

Urheber eines Mordplanes gegen Minister Rathenau?

Zeuge: Ich werde als solcher hingestellt. Tatsächlich bin ich es nicht. Vorl.: Sie gehören zum Bund der Aufrechten? Was ist das für eine Vereinigung? Zeuge: In dem Bund der Aufrechten sind alle die verurteilt, die die Erinnerungen an die alten Zeiten Deutschlands hochhalten. Vorl.: Sie haben Rathenau für einen Schilling gehalten? Zeuge: Jawohl, zu dieser Ansicht bin ich nach der Verkürzung der beiden Testamente Friedrichs des Großen gekommen. Diese Ansicht hat sich in mir bestärkt durch die Politik Rathenaus. Ich habe die Testamente Friedrichs des Großen bei mir, doch ich sie hier vorlesen? (Heiterkeit.) Vorl.: Sie sind also Antisemiten? Zeuge: Ich habe gegen den einzelnen Juden nichts, aber ich wünsche sie nicht in der Regierung zu sehen. Vorl.: Sie haben sich mit Günther wohl häufig über die Politik unterhalten? Zeuge: Jawohl. Er als Vetter erzählte und ich hörte zu. Vorl.: Sie waren beide Gegner Rathenaus. Wer fing zuerst von ihm zu sprechen an? Zeuge: Ich. Vorl.: Haben Sie einmal gesagt, der Minister müsse ermordet werden?

Zeuge: Ich sagte, er müsse aus der Regierung befehligt werden, wenn nicht anders, so durch Mord. Vorl.: Sie wollten den Minister ermorden? Zeuge: Das ist nur mal eine Redensart von mir gewesen. Vorl.: Sie haben auch den Plan geküßelt, Rathenau im Hause des Kommerzienrats Namroth zu ermorden? Zeuge: Das war Günthers Ansicht. Vorl.: Hat Günther mit Ihnen über die

Einrichtungen der Organisation C.

gesprochen? Zeuge: Jawohl. Er schätzte als ihre Hauptaufgabe die Verteilung von Oberkassens. Ihre Rechenaufgabe sei die Befestigung von Reaktionsmöglichkeiten, die sich nach Auffassung der Organisation C. ihrer Aufgabe unwürdig zeigten. Günther erzählte mir, daß Mitglieder, bevor ihnen solche Aufgaben anvertraut würden, eine zweijährige Probezeit durchmachen müßten und daß sie zu der Tot durch das Los ausgewählt würden. Vorl.: Sie haben dann einen Brief an die Organisation C. nach München geschrieben, in dem Sie um eine Waffe baten. Was stand in diesem Brief noch drin? Zeuge: Ich fragte, ob die Organisation bei der eventuellen Ausführung meines Planes mir Hilfe leisten würde. Ich muß jedoch bemerken, daß für mich der Hauptgrund zu dem Brief der war, einen Revolver für mich persönlich zu erhalten. Vorl.:

Sie haben dann im Kaffeehaus mit Kern und Fischer gesprochen? Was sagten Ihnen diese? Zeuge: Der eine Herr rief mir sofort von meinem Plane ab; ich betone jedoch, daß ich bei dieser Unterredung nicht, wie Günther auslegt, meine Pläne noch einmal entwickelt habe, denn beide Herren machten sich von Anfang an lächerlich. Vorl.: Kern und Fischer haben aber doch zu Ihnen gesagt: „Sie würden zu kleineren Aufgaben verwendet werden?“ Zeuge: Das ist richtig, aber ich lehnte es ab, denn ich wollte es mir noch einmal überlegen. Vorl.: Hat Ihnen Günther auch erzählt, daß die Organisation C. bei Ausführung bestimmter Unternehmungen ihre Mitglieder mit Geld und Waffen ausrüste? Zeuge: Jawohl. Weißer Hartmann: Sie gehören dem Bund der Aufrechten an, sagen Sie mir, ob zu diesem Bund auch Schüler zugelassen werden. Zeuge: Jawohl, Weiß Hartmann: Seit wann sind Sie Mitglied? Zeuge: Seit 1918. Weiß Hartmann: Sie haben also als 15jähriger Schüler in diesem Bund Aufnahme gefunden? Weiß Fehrenbach: Ihnen ist Minister Rathenau auf Grund des Rapallo-Vertrages als ein Schädling am deutschen Volk erschienen. Haben Sie, junger Mann, sich denn die Fähigkeit zugetraut, ein so tiefes, großes Erkenntnis verlangendes Urteil über Rathenau abzugeben? Ist dieses Urteil denn wirklich Ihrem Kopf entsprungen? Zeuge: Jawohl, das Urteil ist in meinem Kopf entstanden und entspricht durchaus meinem Alter. Weiß Fehrenbach: Sind Sie nach der Ermordung des Ministers

unbehehrt am Städtischen Gymnasium geblieben.

obwohl der Schule doch bekannt sein muß, welche Rolle Sie in der Affäre gespielt haben? Ich stelle diese Frage deshalb, weil es bezeichnend ist für die Zustände an manchen Schulen, die geradezu gemeingefährlich für Deutschland zu werden drohen. Zeuge: Da das gegen mich eingeleitete Verfahren seine Erledigung gefunden hat, durfte ich an der Anstalt bleiben. Weiß v. Callier: Kern und Fischer müssen doch Ihren Plan, Zeuge Stubenrauch, für ernst gehalten haben, sonst würden Sie nicht einer Unterredung gewürdigt haben? Haben Sie die beiden von einer solchen Tat abzuraten versucht? Zeuge Stubenrauch: Nein. R. A. Bich: Stubenrauch, Ihr Vater ist doch General, sind Sie aus eigenem Antrieb Mitglied des Bundes der Aufrechten geworden? Zeuge: Nein, durch meine Eltern.

Als nächster Zeuge wurde dann Kriminalkommissar Seinemeyer vernommen, der bei Schütt und Diestel nach dem Mordauto geforscht hat. Er bekundet, daß sowohl Schütt als Diestel ihm verschwiegen haben, daß der Küchenmeisterliche Wagen zu der Tat benutzt wurde. Auch der Werkmeister Lichte habe anfangs ihm gegenüber behauptet, der Wagen habe die Garage nicht verlassen, er habe diese Aussage aber im Polizeipräsidium sofort richtiggestellt. Nach der Vernehmung des Zeugen wurde eine kurze Pause eingelegt, da der Angeklagte Barnecke immer noch so leidend ist, daß er der Verhandlung nicht mehr zu folgen vermochte.

Der Zeuge Werkmeister Lichte, der bei Schütt und Diestel beschäftigt ist, bekundet, daß ihm für den fraglichen Freitag ein Auto mit schädlichen Kriegerverbrechern angehängt sei. Als der Wagen kam, habe der Chauffeur, der Angeklagte Tschow, ihm das defekte Manometer gezeigt und er habe sich bereit erklärt, die Reparatur am Sonnabend vorzunehmen. Vorl.: Hat Tschow besonders auf die Reparatur geachtet? Zeuge: Nein. Auch am nächsten Morgen nicht. Vor der Abfahrt der Garage habe ihm Tschow noch erklärt, er mache

nur eine kleine Probefahrt

und komme bald wieder zurück. Tatsächlich sei er auch bald wieder zurückgekehrt. Gegenwärtige Erregung habe er ihm nicht angemerkt. Oberreichsanwalt: Was hat Tschow denn nach seiner Rückkehr gesagt? Zeuge: Nichts. Auch auf meine Fragen gab er keine Antwort, sondern trank nur eine Flasche Bier bei mir und bezahlte das Del und Benzin.

Die nächste Zeugin, Frau Hedwig Bärkel, wohnt im Schützischen Hause. Als sie von dem Mord erfährt, ist ihr sofort der Gedanke gekommen, daß er von R. A. u. T. ausgeführt sei. Als sie diesen Verdacht auch zu Diestel äußerte, erzählte ihr dieser sehr aufgeregt, Tschow habe nach seiner Rückkehr zu ihm geäußert:

„Wir haben Rathenau erschossen und müssen das Auto bei Ihnen unterstellen; wenn Sie etwas verraten, werden Sie erschossen.“

Diestel sei deshalb sehr ängstlich gewesen, da er die Koche dieser Leute fürchtete, und habe trotz ihres Antrates sich geweigert, Anzeige zu erstatten. Am Nachmittag des Mordtages habe sie dann Schütt zu Diestel äußern hören: „Hast du keine Mähe?“ oder „hast du die Mähe?“, auf den genauen Wortlaut kann sich die Zeugin nicht mehr erinnern. Aus dem Protokoll der ersten Vernehmung und durch Befragen des Untersuchungsrichters wird festgestellt, daß die Zeugin zuerst bekundet hat, Schütt habe nach den Mähen gefragt, und der Verhörende ermahnt darauf die Zeugin, streng bei der Wahrheit zu bleiben, auch wenn sie für Schütt und Diestel Mitleid empfinde. Frau Bärkel bekundet weiter, daß sie dann gesehen habe, wie Diestel unter der Weste die Kappen in die Wohnung gebracht und trotz ihres eingeschobenen Brotes in seinem Zimmer oben verbrannt und die Asche dann ins Klosett geworfen habe. Oberreichsanwalt zu Diestel: Hat Tschow Ihnen tatsächlich gesagt: „Wir haben Rathenau erschossen und Sie werden auch erschossen, wenn Sie etwas verraten?“ Diestel: Nein, das hat er zu mir nicht gesagt. Kern hat vor der Abfahrt eine derartige Aeußerung in Schütt getan. Die Veredlung der Zeugin Bärkel wird auf Grund eines Widerspruches des Oberreichsanwalts einstweilen ausgesetzt.

Der nächste Zeuge ist der Kaufmann Erich Bode aus Schwerin, Gaukeller der dortigen Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trugbundes. Vorl.: Haben Sie

ein Flugblatt herausgegeben.

als Rathenau zum erstenmal Minister wurde? Zeuge: Jawohl. Ich suchte darin nachzuweisen, daß Rathenau für das Deutschland schädlich sei. Wismann hatte für meine politischen Bestrebungen nicht viel Interesse. Für Kern allerdings begeisterte er sich. Als Kern mit dem Auto erschien, erzählte er mir, daß er auf einer Offiziersreise sei und fragte dann nach Wismanns Adresse. Später haben sich Kern und Fischer dann in meiner Wohnung zwei Stunden lang ausgequält. Vorl.: Ist bei Ihnen von einer Gewalttat gesprochen worden? Zeuge: Nein, niemals, auch von der Maschinenpistole nicht. Kern und Fischer haben dann bei mir einen braunen Mehrplattenkoffer zurückgelassen. Am Sonntag abend, spätestens aber Montag früh, habe ich dann diesen Koffer vernimmt. Wie er weggenommen ist, weiß ich nicht. Wismann sagte mir nur, er hätte ihn weggestellt oder abgeholt; genau weiß ich das nicht. Vorl.:

Wismann wußte also über den Verbleib des Koffers Bescheid? Zeuge: „Das muß ich annehmen, ich habe allerdings nicht weiter gefragt.“

Dann wurde der Chef der Landesstrafpolizei Mecklenburg, Regierungsrat Wiggers-Schwerin, vernommen, der dem Gericht den Koffer vorlegt, der allem Anschein nach von Kern in der Badischen Wohnung zurückgelassen wurde. Vorl.: Zeuge Bode, ist das der Koffer? Zeuge Bode: „Das ist nicht der richtige Koffer.“ — Der Angeklagte Wismann erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er sich der Koffer überhaupt nicht so genau angesehen habe. — Dagegen bestritt der Angeklagte Tschow ebenfalls, daß dieser Koffer der richtige sei.

Im Anschluß daran kommt es zu einer kleinen Sensation, denn der Verteidiger Wismanns Grewing gibt nämlich die Erklärung ab, daß er in der Lage sei, den richtigen Koffer herbeizuschaffen, er habe ihn bereits im Bureau des Staatsgerichtshofes abgegeben. — Vorl.: „Ist denn der Koffer im Bureau des Staatsgerichtshofes mit Wismann abgegeben?“ R. A. Grewing: „Darüber

möchte ich mich noch nicht äußern.“ Vorl. (zu Wismann): „Wollen Sie darüber aussagen, ob der Koffer mit Ihrem Wissen hierher gebracht ist?“ Wismann: „Jawohl. Allerdings weiß ich nicht, wo der Koffer bis jetzt war.“ Vorl.: „Sie haben ihn also einer dritten Person in die Hand gegeben?“ Wismann: „Jawohl.“ Vorl.: „Also haben Sie doch über den Koffer verfügt?“ Wismann: „Aber nicht direkt.“ Vorl.: „Aber auf Ihre Anweisung ist er aus der Badischen Wohnung abgeholt worden?“ Wismann: „Am Sonntag oder Montag nach der Tat.“ Vorl.: „Hatten Sie denn am Sonntag schon Kenntnis davon, daß Kern und Fischer die Täter waren?“ Wismann: „Ich bitte, mich nicht danach zu fragen.“ Vorl.: „Überlegen Sie sich, ob Sie nicht doch antworten wollen, sonst würde das Schweigen den Anschein erwecken, als ob Sie doch tiefer in den Plan eingeweiht wären, als Sie hier auslegen.“ Wismann: „Ich habe den Koffer hauptsächlich in meinem eigenen Interesse beiseite schaffen lassen, an Kern und Fischer habe ich dabei wenig gedacht. Auf keinen Fall habe ich am Sonntag gemerkt, daß Kern und Fischer die Täter sind. Ich bin allerdings, bevor öffentlich bekannt war, zu der Annahme gelangt, daß sie die Tat begangen haben.“

Inzwischen hat der Soadbiener im Auftrage des Vorsitzenden den zweiten Koffer,

von dem der Verteidiger gesprochen hatte, aus dem Bureau des Staatsgerichtshofes herbeigeschafft und aus den Gerichtssitz niedergestellt. Der Zeuge Bode konnte nicht bestimmt auslegen, ob dieses der richtige sei, während Tschow auch diesen Koffer als den falschen bezeichnet.

Das Verhör über den Verbleib des Koffers Kerns und Fischers erreichte seinen dramatischen Höhepunkt in der nun folgenden Vernehmung des Zeugen Student Hermann Jund aus Rostock, durch dessen Angaben es sich herausstellte, daß bei der Befestigung des Koffers noch andere Personen beteiligt gewesen sind, als dem Gericht bisher bekannt waren. Vorl.: Neuhagen Sie sich nun über die Befestigung der beiden Koffer. Zeuge: Ich verweigere darüber jede Auskunft, da ich mich sonst einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen würde. (Bewegung im Saal.) Vorl.: Haben Sie am anderen Tage, am Sonntag, den 25., an Wismann ein anderes Benehmen bemerkt? Zeuge: In der Tat. Wismann war am nächsten Tage wie umgewandelt. Ich habe ihn so verflört noch nie gesehen.

R. A. Grewing: Der Zeuge war, wie ich hier erklärend einfügen möchte, am 25. bei einer kritischen Lektüre zugegen, über die sich Wismann nicht äußern will. Zeuge: Ich kann soviel sagen: Wismann war bis zum 25. morgens völlig ahnungslos. Er hatte im Badzimmer eine Brause genommen und kam dann in unser Schlafzimmer zurück. Dort passierte etwas, was ihm so erschütterte, daß er wie eine Bildsäule erstarrte und das Badeloch vor Aufregung schließen ließ.“ Vorl.: Was war denn das nun für eine Tat? Zeuge: Hierüber kann ich nichts sagen, ohne mich einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. R. A. Grewing: Herr Zeuge, Sie haben eben angedeutet, daß ein besonderes Ereignis passierte. Wollen Sie diese Aussage dahin konkretisieren, daß von diesem Augenblick an Wismann, der bis dahin harmlos und ahnungslos war, nun wußte, daß er am Freitag die Maschinenpistole Kern in die Hand gegeben hatte, die nun zur Mordtat geworden war? Funke: Das nehme ich an. Rechtsanwalt Grewing: Ist es richtig, Herr Zeuge, daß Wismann nach dem Ereignis, über das Sie schweigen wollen, gesagt hat:

„Herr Gott, das ist ja die Maschinenpistole, die ich Kern gegeben habe.“

Vorl.: Aber wobei hat denn Wismann plötzlich die Kenntnis gehabt, daß seine Maschinenpistole zur Tat benutzt worden ist? Wenn Sie auch jetzt noch nicht auslegen wollen, so hat das Gericht Mittel in der Hand, um Sie zu zwingen. R. A. Grewing: Der Zeuge befürchtet, er würde sich durch Nennung von Namen als Mittäter belassen. Weißer Jüdel: Waren etwa Kern und Fischer bei Wismann und haben ihm etwas mitgeteilt? Zeuge Funke: Das kann ich ganz bestimmt verneinen. Vorl.: Sie müssen jetzt endlich mit der Wahrheit herauskommen. Angekl. Wismann: Nachdem der Zeuge seine Aussage gemacht hat, möchte ich sie erweitern. Es kam am Sonntag, den 25. Juni,

eine Person in mein Schlafzimmer.

in dem sich auch Funke befand, und machte mir eine Mitteilung, aus der ich entnehmen mußte, daß meine Maschinenpistole zu dem Mord benutzt worden war. R. A. Grewing: Angeklagter Wismann, jetzt gehen Sie aber weiter. Was hat diese Person bei Ihnen in der Wohnung gemacht? Wismann: Die Person fragte mich nach dem Koffer von Fischer und Kern. Ich sagte, daß der Koffer bei Bode stünde. R. A. Grewing: Herr Wismann, haben Sie sich weiter um den Koffer beunruhigt? Wismann: Nein. R. A. Grewing: Herr Wismann, hat die Ihnen gemachte Mitteilung Sie angegriffen? Wismann: Ich war vollkommen sassunglos. Vorl.: Diese unbekannte Person muß Ihnen doch noch weiter etwas gesagt haben, Sie kann doch nicht lediglich nach dem Koffer gefragt haben? Angekl. Wismann: Die Person sagte mir, sie käme von Kern (stodend und nach längerem Zögern) sie machte eine Angabe, aus der ich entnehmen mußte, daß Kern der Mörder sei. Oberreichsanwalt: Nach dieser Mitteilung erscheint es mir ausgeschlossen, daß Funke sich durch eine Aussage strafbar macht. Das Gericht muß ihn zu einem weiteren Bekenntnis veranlassen. Zeuge Funke: Ich behäufte die Aussage Wismanns. Die Person, die am fraglichen Morgen in unser Schlafzimmer kam,

sprach ganz leise mit Wismann.

auf eine Frage hat Wismann geantwortet: „Der Koffer ist nicht bei mir.“ Oberreichsanwalt (scharf): Sie machen sich der Begünstigung schuldig, wenn Sie jetzt nicht weiter reden. Funke: Ich habe Kern und Fischer wahrhaftig nicht begünstigt. Ich kenne beide nicht.

Ich will aber erklären, daß die Person, die an dem Morgen bei uns war, sich nicht unter denjenigen Angeklagten befindet.

Vorl.: Um so unverständlicher ist Ihr Verhalten dem Gericht gegenüber. R. A. Grewing: Ich unterstelle, daß Wismann zu Hause geblieben ist und sich um den Koffer nicht mehr gekümmert hat, daß vielmehr die fremde Person mit Funke zu Bode ging, um den Koffer zu besorgen. Funke befürchtet mit Recht, daß er sich dadurch strafbar machte, an der Befestigung des Koffers mitgewirkt zu haben. Vorl. zum Zeuge Funke: Es liegt also die Möglichkeit vor, daß Sie Ihre Hand dazu baten, die fremde Person zu Bode zu schaffen. Zeuge Funke: Darüber verweigere ich jede Auskunft. R. A. Grewing zum Angeklagten Wismann: Haben Sie irgendwelche Anweisungen gegeben, den Koffer beiseite zu schaffen? Wismann: Nein. Weißer Fehrenbach: Der Angeklagte Wismann hat aber vorher selbst gesagt: „Am Sonntag mußte ich, wer der Täter war und am Montag entfernte ich dann den Koffer.“ Das stimmt doch nicht mit seiner jetzigen Erklärung überein. Oberreichsanwalt: So habe ich die Befestigung auch festgestellt. Angekl. Wismann: Ich habe mich nicht so geäußert. Ich habe lediglich der fremden Person die Möglichkeit gegeben, den Koffer fortzuschaffen, indem ich ihr den Platz bezeichnete, wo der Koffer stand. R. A. Grewing: Herr Funke, ist es richtig, daß Sie mir von dieser Affäre erst vor ganz kurzer Zeit Mitteilung gemacht haben? Funke: Erst vor acht Tagen. Weißer Fehrenbach: Herr Zeuge,

Sie wußten also schon am Sonntag, wer der Täter war und wo der Koffer untergestellt war? Vorl.: Das ist ein Mißverständnis. Der Zeuge hatte von den näheren Umständen keine

Ahnung und ist erst später über die näheren Umstände aufgeklärt worden.

Hierauf trat eine kurze Pause ein, da Warnede wieder unwohl geworden war. Während der Pause besah das Gericht, die Zeugen Bode, Funke und Frau Büchel nicht zu vereidigen, da sie unter dem Verdacht einer Mitschuld stehen.

Nach der Pause wurde dann ganz kurz Student Heinrich Hoffmann, der Bruder des Angeklagten, vernommen, der ausfragt, daß sein Bruder vollkommen unpolitisch sei. Auch dieser Zeuge bleibt unvereidigt.

Hierauf wurde zum Schluß der Sitzung die mit großer Spannung erwartete

Vernehmung des Gärtners Theodor Brüdigam

vorgenommen. Vorf.: Wann sind Sie mit dem Angeklagten Tilleßen bekanntgeworden? Zeuge: Anfang April. Vorf.: Tilleßen sagt aus, Sie hätten sich ihm gegenüber als einen von den Kommunisten verfolgten ausgegeben. Zeuge: So ist das nicht ganz. Ich war nicht verfolgt, allerdings waren meine Beziehungen zu den Kommunisten nicht die besten. Vorf.: Wer gab Ihnen denn die Adresse Tilleßens? Zeuge: Ein gewisser Meisenberg, der in Frankfurt a. M. deutschösterreichischer Agitator war. Ich bin zu Tilleßen gegangen, weil mich keine Person interessierte. Vorf.: Hatten Sie damals einen Beruf? Zeuge: Ich war stellunglos. Vorf.: Hofften Sie durch die Bekanntschaft mit Tilleßen zu einem Gelderwerb zu kommen? Zeuge: Nein. Mich trieb zu Tilleßen die Neugier. Vorf.: Sie sollen zu Tilleßen gefloht haben, daß die Regierung gestürzt und linksstehende Führer bestraft werden müßten, vor allen Dingen Rathenau bestraft werden müßte? Zeuge: Nein, das konnte ich doch gar nicht sagen, denn ich gehörte ja damals gar keiner Partei an. Tilleßen war mir gegenüber ungenehm offen. Er sagte, sein Name sei ein Programm, und ich müsse wissen, was zu tun sei. Hierauf habe ich ihm auch meine politischen Ansichten geschildert. Vorf.: Was waren denn das für Ansichten? Zeuge: Gott, ich meinte, die deutschösterreichische Bewegung sei an sich ganz gut. Vorf.: Was für eine Partei gehören Sie denn jetzt an? Zeuge: Gar keiner. Vorf.: Und früher? Zeuge: der USP. Vorf.: Haben Sie sich als Judegegner zu erkennen gegeben? Zeuge: Gewiß nicht. Vorf.: Haben Sie sich über die Juden in der Regierung geäußert? Zeuge: Es kann immer sein, daß darüber gesprochen worden ist. Vorf.: Wollten Sie Tilleßen ausbilden? Zeuge: Ich wollte mal hören, was los war. Vorf.: Was trugten Sie denn aus Tilleßen heraus? Zeuge: Ich wollte ja aus Tilleßen nichts herauskriegen. Tilleßen sprach von selbst, denn er nahm an, ich sei für seine Zwecke brauchbar. Rementlich glaubte er, ich sei für die D. C. verwendbar. Vorf.: Was wußten Sie denn von der D. C.? Zeuge: Tilleßen sagte mir: „Kann ich Ihnen trauen? Ich antwortete: „Gewiß.“ Darauf sagte Tilleßen: Sie kennen doch die politische Lage, was tut man wohl,“ und weiter meine Tilleßen:

„Eine Aenderung der Verhältnisse sei nur so zu erzwingen, daß man die Arbeiter provoziert.“

Ich sagte zu ihm: „Wie meinen Sie denn das?“ Darauf zeigte mir Tilleßen ein Bild seines Bruders und sagte: „Das ist mein Brüdchen, der hat das Schwert Erzberger gefloht.“ Ich erinne mich genau dieses Ausdrucks, denn er wurde mir später dahin verdeutlicht, daß Tilleßen „abfechten“ bedeutete. Vorf.: Was sagten Sie denn darauf? Zeuge: Absolut nichts. Tilleßen bekannte mir feiner, er gehöre zur D. C. Vorf.: Sprach er näher über die Zwecke der D. C.? Zeuge: Nein, aber er machte mir ganz allgemein das Angebot, für die D. C. tätig zu sein. Vorf.: Nahmen Sie das an? Zeuge: Jawohl. Vorf.: Sie nahmen dann auch Geld von Tilleßen? Zeuge: Jawohl. Ich sollte den Spieß bei den Linksorganisationen markieren. Tilleßen versprach mir, ich bekäme dafür 5000 Mark und sollte nach Möglichkeit wichtiges Material von links beschaffen. Er gab mir den Auftrag, nach am selben Tage mit einem Herrn nach München zu fahren; das habe ich getan. Auf dem Frankfurter Bahnhof stieg ich in den Münchener Zug, und zwar zu einem Herrn, den Tilleßen mir bezeichnete. Mit diesem Herrn fuhr ich nach München, wo ich dem Kapitänleutnant Hoffmann vorgestellt wurde. Hoffmann bestellte mich zum folgenden Tag in seine Wohnung in der Franz-Joseph-Straße — leider habe ich die Nummer vergessen. Hoffmann fragte mich über meine Person gar nicht aus, da ihm Tilleßens Empfehlung offenbar genügte.

Hoffmann gab mir ebenfalls den Auftrag, ich solle die Arbeiter provozieren. Man könne einen Einspaltig herausbeschreiben, wenn man zum Beispiel Scheidemann, Rathenau oder Helmut v. Lerch ermorden würde.

Vorf.: Herr Zeuge, beinhalten Sie sich wirklich auf diese drei Namen? Zeuge: Unbedingt. Ich kann mich gar nicht irren. Allerdings muß ich bemerken, daß ich vorher in einer Wirtschaft war und infolgedessen wohl etwas angeheitert war. Hoffmann erzählte mir, er wolle einen Generalkrieg herbeiführen, um dann die Militärdiktatur errichten zu können. Hoffmann sagte mir, daß Tilleßen unbedingt darauf rechne, daß ich mich zur Verfügung stelle. Vorf.: Haben Sie sich denn Kapitänleutnant Hoffmann gegenüber das Ansehen gegeben, daß Sie Rathenaus Ermordung billigten? Zeuge: Ich sage offen, daß ich von allen diesen Dingen überaus begeistert war. Es ging alles so schnell, Hoffmann gab mir dann 2-3000 Mark. Ich fuhr mit diesem Geld nach Frankfurt a. M. zurück und ging dort zu dem Redakteur der „Volksstimme“, Markwald. Ihm schilderte ich meine Erlebnisse bei Tilleßen und Hoffmann. Ich fragte ihn, was zu tun sei. Markwald ging mit mir zum Polizeipräsidenten von Frankfurt, dem ich alles erzählte, und der Befehlshaber beauftragte mich, ich solle mich zu erfahren suchen. Diese Epistelrolle übernahm ich, nachdem der Polizeipräsident und Markwald mir volle moralische Deckung versprochen hatten. Ich ging also wieder zu Tilleßen, der mich mit einem Herrn nach Berlin schickte. Der Name dieses Herrn wurde mir nicht genannt. In Berlin gingen wir in ein Restaurant in der Anhalterstraße, dessen Namen ich vergessen habe. Dort trafen wir einen andern Herrn, dessen Name mir auch nicht genannt wurde. Dieser Herr sprach mit dem anderen, mit dem ich nach Berlin gekommen war,

über Scheidemann.

Schließlich fragte mich der Berliner, ob ich mit ihm nach Kassel kommen wolle. Ich tat das und unterwegs im Zuge fragte mich der Unbekannte, ob ich wisse, wo Scheidemann wohne. Und ich antwortete, daß man das ganz leicht erfahren könne. Vorf.: Haben Sie denn diesen fremden Herrn nicht über den Irrtum bezüglich Ihrer Person aufgeklärt? Zeuge: Nein. Dazu hatte ich ja gar keine Veranlassung.

Hierauf mußte erneut eine Pause eintreten, da Warnede von Herzkämpfen befallen wurde. Die Sitzung wurde auf kurze Zeit vertagt. Dann erklärte R. A. Dr. Sad nach Wiederbeginn, daß Warnede auf der Treppe zusammengebrochen sei und Herzkämpfe habe. Er hat deshalb von Vertagung der Sitzung. Der Vorsitzende vertagte die Verhandlung auf Mittwoch früh mit der Bemerkung, daß das Gericht beraten werde, ob der Fall Warnede dann nicht abgetrennt werden sollte, da unter diesen Umständen die Verhandlung keinen Fortgang nehme.

Zum Schluß gab Tilleßen eine Erklärung ab, daß die Erzählungen Brüdigams von Anfang an erlogen seien.

Brüdigam erklärte, daß keine Befragungen auf Wahrheit beruhen, und daß er noch lange nicht alles ausgesagt habe.

Dann wurde die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Der „Fort der Weltrevolution“. In der Sitzung der Moskauer Konferenz der kommunistischen Partei Rußlands erklärte Bucharin, daß die Zahl der Arbeiter innerhalb der Mitgliedschaft der kommunistischen Partei sich um 30 Proz. vermindert hat. Die kommunistische Partei Rußlands verliere deswegen nach Ansicht Bucharins immer mehr ihren proletarischen Charakter. Es müsse für die weiteste Propaganda unter der Arbeiterklasse gesorgt werden, damit mehr Arbeiter in die Partei eintreten würden.

Gewerkschaftsbewegung

Die wirklich kommunistische Taktik.

In einer Rede auf dem letzten abgelaufenen Allrussischen Gewerkschaftskongress erklärte Sinowjew u. a., die im Laufe d. J. eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne in Sowjetrußland sei bei weitem nicht ausreichend und besonders bei den Transport-, Berg- und Metallarbeitern völlig ungenügend. Die Arbeiter verlangen infolgedessen eine rasche Steigerung der Löhne. Den Wünschen der Arbeiter könne indessen mit Rücksicht auf die Interessen der gesamten Arbeiterklasse nicht stattgegeben werden, da dadurch in kurzer Zeit der völlige Ruin der Industrie herbeigeführt würde. „Eine langsame, aber dauerhafte, eine vorsichtige und systematische Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse in gleichem Schritt mit der Hebung der Staatswirtschaft und der Produktion“ erklärte Sinowjew für die „wenig verlockende und wenig blende, aber einzig ehrliche, wirklich realistische, wirklich revolutionäre, wirklich kommunistische Formel“. Sinowjew wandte sich ferner mit Nachdruck gegen wirtschaftliche Konflikte und Streiks. Eine Lehre der letzten zwei Jahre müsse es sein, daß in Sowjetrußland im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern Lohnkonflikte keine Hebung der Lebenslage der Arbeiter zur Folge haben könnten. Soweit eine solche erfolgt sei, sei die Folge nicht von Streiks, sondern der Abnahme derselben im Vergleich zum Jahre 1921. Doch müsse man ins Auge fassen, daß die Hebung der Wirtschaft Jahre erfordere. Die anschließende Debatte wird in der Sowjetpresse nur kurz referiert. Den „Iswestija“ zufolge trat der Sekretär des Allrussischen Gewerkschaftsrates Rudzutak dafür ein, daß Streiks doch in manchen Fällen unvermeidlich und daher in Ausnahmefällen auch in Staatsbetrieben zuzulassen seien.

Wie sich die Sowjetregierung zu diesem frommen Wunsch stellt, sagt der Bericht nicht. Daß in Rußland Streiks auch in der Privatindustrie tatsächlich praktisch unmöglich gemacht sind, ist längst kein Geheimnis mehr. Es besteht dort jetzt ein verwickeltes, dreistufiges, obligatorisches Schiedsverfahren, das die Gewerkschaften an Händen und Füßen fesselt.

Uebrigens ist die vorsichtige, langsame, jedem Kampf abholde Taktik, die Sinowjew als die „wirklich revolutionäre“ erklärt, unseren Radikalkommunisten unter die Nase zu reiben. Oder sollte Sinowjew unter die „Verräter“ gegangen sein?

Der Reichspostminister zur Technischen Nothilfe.

Auf eine kleine Anfrage der Genossen Steinkopf und Seppel hat der Reichspostminister, ebenso wie vor einiger Zeit der Reichsverkehrsminister, mitgeteilt, daß in seinem Bereich für den Streikfall im Benehmen mit der Technischen Nothilfe Richtlinien zur Aufrechterhaltung des Betriebes ausgearbeitet werden. Zur Auswahl eines Stammes von Beamten für den Notbetrieb wurde eine Arbeitsgemeinschaft der Post- und Telegraphenbeamten gebildet, um in Gemeinschaft mit der Technischen Nothilfe die für den Notbetrieb erforderlichen Beamten zu ermitteln. Nachdem die Maßnahmen nun in der Öffentlichkeit erörtert und die Beamenschaft über die Sachlage aufgeklärt worden ist, wird die Auswahl der Beamten von Amts wegen getroffen werden. In den genannten Richtlinien ist die Nothilfe von Beamtenorganisationen bei der Ausführung der Arbeit vorgesehen. Durch die ganze Heimatschwere in dieser Sache und die bekannten Tendenzen, die sowohl im Reichspostministerium wie im Reichsverkehrsministerium herrschen, ist die Nothilfe der Organisationen nicht gerade erleichtert worden. Auch „die Auswahl der Beamten von Amts wegen“ erscheint uns als eine nicht sonderlich glückliche Formulierung.

Die kommunistischen „Bonzen“.

Am 7. und 8. Oktober fand eine Reichskonferenz der kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre statt. Nach dem offiziellen Bericht hätte die Konferenz „ein großes Arbeitspensum“ zu erledigen. Im Bericht selbst ist davon nichts zu merken. Ueber die Bewegung, ihre Stärke und Tiefe erfährt man kein Strohwort. Freilich setzt er in einem „umfassenden Referat“, über das der Bericht sich in einem Duzend Seiten ausschmeißt, fest, daß zwar sehr viel gearbeitet, aber — nichts erreicht worden sei. Die Genossen müßten mehr selbständig arbeiten und sich finanziell unabhängig machen. Von wem, sagt der Bericht nicht. Die Berichte der Vertreter aus 28 Bezirken wurden in fünf Zeilen abgelesen. Es wurde festgestellt, daß die Kommunisten fast ausnahmslos gegen „das schamlose Treiben der Gewerkschaftsbureaucratie“ sich wenden und daß „unser Einfluß in den Gewerkschaften und Betrieben ständig im Wachsen ist“. Ohne — immer noch dem offiziellen Bericht — etwas zu sagen, referierten am zweiten Tage Walscher über „Unsere Taktik und zukünftigen Aufgaben“ und der aus seinem Moskauer zurückgekehrte Brandler über den Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale. Am eine Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern, wurde betont, daß niemand ausstreiten dürfe und daß man Leute wie Barlow, Scheffel und Georg Schmidt „als Verbrecher bezeichnen“ müsse. Eine neu zu schaffende kommunistische Beamtenschaft solle demselben Zwecke dienen.

Große Freude herrschte über den Gefinnungswandel, der auf der letzten Tagung der Union der Hand- und Kopfarbeiter in Offen bemerkbar wurde. Die dort beschlossene „offene Abschnürung der reformistischen und anarchoindustrialistischen Tendenzen“, die Verbesserung des Organisationsstatus, die Beitragsentlastung und die Anknüpfung internationaler Beziehungen „unter dem revolutionären Banner der Roten Gewerkschaftsinternationale“ erkläre die Kommunisten als „eine geeignete Grundlage zur engsten Zusammenarbeit zwischen Union und Gewerkschaftsopposition in Form der Arbeitsauschüsse“.

Kom Reichsbetriebsrätekongress wurde überhaupt nichts gesagt. Soll das eine Desaveuierung der Berliner und ein Eingeständnis der Aussichtslosigkeit dieses Unternehmens sein?

Arbeiter und Kinderzulagen.

Auf die in Nr. 474 des „Vorwärts“ veröffentlichte Klage der Arbeiter in der Reichsdruckerei erhielten wir folgende Zuschrift, die wir als Stimmungsbild wiedergeben:

„Es ist gewiß nicht recht und billig, daß die Arbeiter in den Staatsbetrieben weniger Kinderzulagen erhalten als die Beamten. Aber wer gibt uns Industriearbeitern, der großen Masse der arbeitenden Volksgenossen Kinderzulagen? Es kommt nur selten vor, daß eine Firma solche Zulagen zahlt, und auch dann nur in geringem Umfange. Bei uns heißt es: „Gleiche Entlohnung für gleiche Leistungen“, ohne Rücksicht darauf, ob der verheiratete Arbeiter ein Kind oder sechs Kinder hat. Wer eine große Familie hat, muß sich eben einschränken, während der andere sich eben mehr leisten kann.“

Ich bin Vater von vier Kindern und muß mich auch rechtlich plagen, um allen Anforderungen gerecht zu werden — ohne Familienzulage, gleich den meisten Privatangestellten und Arbeitern. Ich kann meine Kinder nicht in eine höhere Schule schicken, da mir dazu die Mittel fehlen. Meine Kinder können auch nicht immer in guten neuen Sachen einhergehen.“

Wenn heute ein Beamter mit fünf Kindern an Kinder- und Frauenzulage insgesamt über 7000 M. bekommt, was von den Produzenten doch erst erarbeitet werden muß, so darf doch aus diesen Freuden nicht immer so sehr über schlechte Bezahlung geklagt werden. Gewiß, für die unteren Besoldungsklassen ist die Bezahlung ja nicht günstig, doch sind darunter viele junge Leute, die noch zu Hause wohnen und für die in manchen Fällen sogar noch Kinderzulage gezahlt wird. Darum etwas mehr Rücksicht auf die Familien, die keine Kinderzulagen erhalten und ihre Steuern zahlen müssen, von denen ja auch die Kinderzulagen der Beamten bestritten werden müssen.“

Betriebsräte!

Die Vollerfassung der Gruppen XI Metallindustrie findet am Montag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, im Dresdener Casino, Dresdener Straße 96, VII Holzindustrie am Dienstag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Dresdener Casino, Dresdener Straße 96, IV Chemische Industrie am Mittwoch, den 18. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24-25, Saal 3, II Bau- und Steinindustrie am Donnerstag, den 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr, in den Zentralgebäuden, Alte Jakobstraße 22, I Bau und Handel, XV Sozialversicherung, V Ferrie Besatz am Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in den Sophienhöfen, Sophienstr. 17 (die Betriebsräte der Privatversicherung, der Banken und des Einzelhandels werden aufgeführt, in ihrer Vollerfassung zu erscheinen), III Bekleidungs- und Textilindustrie, X Eisenindustrie am Freitag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, in den Zentralgebäuden, Alte Jakobstraße 22, VIII Landwirtsch., IX Lebens- und Genussmittelindustrie am Samstag, den 21. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24-25, Saal 3, XII Glas- und keramische Industrie, XIII Bekleidungs- und Textilindustrie, XIV Holzindustrie, XVI Eisenindustrie am Sonntag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24-25, Saal 3, VI Graphisches Gewerbe am Mittwoch, den 23. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24-25, Saal 1, Saal 2.

Satzungsantrag: „Der Arbeiterrat“. Es ist Pflicht aller Betriebsräte, in ihren Gruppenvollerfassungen zu erscheinen. Als Legitimation dient die Betriebsratskarte und das Verbandsbuch. Freispendenpflichtige Betriebsratszentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Drisoverwaltung Berlin, teilt mit: Der zwischen dem Arbeitgeberverband der Elektricitäts-, Gas- und Wasserwerke der Provinz Brandenburg und dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossene Mantelvertrag vom 20. Dezember 1921 ist, mit Geltungsbereich für Groß-Berlin für reine Elektricitätswerke, unter Abkürzung VI 3164/32, mit Wirkung vom 1. Juli 1922 für allgemein verbindlich erklärt worden. Wir bitten die Arbeitnehmer der reinen Elektricitätswerke, die noch nicht unter dem obengenannten Mantelvertrag arbeiten, sich sofort mit der Drisoverwaltung des Zentralverbandes in Verbindung zu setzen.

Angelichtentarif im chemischen Großhandel. Bis zum heutigen Tage bestand kein Tarifvertrag für die kaufmännischen Angestellten dieser Branche. In der Hauptsache ist dieser Mangel auf die Indifferenz der beteiligten Angestellten zurückzuführen. Vom Zentralverband der Angestellten wird schon seit Jahren verhandelt, Wandel zu schaffen. Erfreulicherweise sind diese Bemühungen jetzt von Erfolg gekrönt worden. Nach monatelangen schwierigen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß ist unter dem Vorsitz von Dr. Feld ein Schiedspruch gefällt worden. Dieser Schiedspruch enthält die Bestimmungen des Manteltarifs und der Gruppierung für die Angestellten der 17 bedeutendsten Firmen des chemischen Großhandels. Noch in diesem Monat wird der Schlichtungsausschuß erneut zusammentreten, um die Gehaltsfrage für den Monat Oktober festzusetzen. Heute abend findet eine Mitglieder-beratung des Zentralverbandes der Angestellten statt, in der zu der Situation Stellung genommen werden soll.

Die Lohnbewegung der Töpfer ist beendet. Nach langen Verhandlungen wurden am Montag folgende Stundenlöhne festgelegt: Vom 1. bis 15. Oktober 115 M., vom 16. bis 31. Oktober 125 M. Die Feuerzuzuschläge bei Affordarbeiten betragen 11 400 bzw. 12 400 Proz. für die Provinz Brandenburg gelten dieselben Löhne abzüglich 5, 8 bzw. 15 Proz. Eine Verarmung der Töpfer, die gestern stattfand, gab den Abmachungen ihre Zustimmung.

Die Stundenlöhne der Schildermaler betragen vom 1.—15. Oktober in der ersten Klasse 95 M., in der zweiten Klasse 93 M., vom 16. bis 31. Oktober in der ersten Klasse 108 M., in der zweiten Klasse 106 M.

Verband der Buchbinder und Reparatuarbeiter. Mittwoch nachmittags 5 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshaus, Engelsufer 24, Branchenversammlung aller in reinen Buchbindereien, Schlichtbuden- und Buchbindungsarbeiten Beschäftigten. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen in Schlar a. S. Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung zu erscheinen, um den Fortschritt der Verhandlungen entgegenzunehmen.

Zentralverband der Angestellten. Schokoladen-Industrie. Öffentliche Versammlung Mittwoch abends 7 1/2 Uhr in den Müller-Eisen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindebediensteten. Verwaltungsgewerkschaft. Familienberatung Donnerstag 7 1/2 Uhr Neue Philharmonie, Rosenstraße 16-17.

Deutscher Kesselpfannenarbeiterverband. Donnerstag 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshaus allgemeine Familienberatung aller Betriebsvereine, Trauereisen, Obdiente, Brandarbeiter, Arbeiterinnen und Betriebsratsmitglieder sowie Gewerkschaftsangehörige. Berichtserhaltung vom 11. Verbandstag. Ansuchen über die Arbeitervorteile am 9. November. Es ist Pflicht, daß alle Funktionäre erscheinen. Mitgliedsbuch und Funktionärskarte dienen als Ausweis und sind am Saalzugang vorzulegen. Ohne Ausweis kein Zutritt.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Herrenschneiderei. Donnerstag 6 1/2 Uhr Versammlung im „Deutschen Hof“, Ludowikstr. 15/16. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Stellungnahme zum neuen Lohnabkommen. Die Funktionäre treffen sich eine Stunde früher in demselben Lokal. Zur Beachtung Angehörige, die mit den Beiträgen nicht über 6 Wochen im Rückstand sind, haben Zutritt. In der Familienberatung ist außerdem der mit „IHT“ abgekürzte Ausweis mitzubringen. — Frauen- und Kinderfunktionäre: Branchenversammlung Donnerstag 6 Uhr in den Zentralgebäuden, Alte Jakobstraße 22 (großer Saal). Bericht von den Verhandlungen und Stellungnahme. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; ohne beide oder mit mehr als 6 wöchentlichen Wochenbeiträgen kein Zutritt.

Stellung, Zimmerer! Am kommenden Sonntag und Montag, den 14. und 15. Oktober, in allen Bezirken Betriebsversammlungen. Tagesordnung: „Stellungnahme zum letzten Lohnabkommen.“ Wir möchten besonders die Betriebsräte ersuchen, auf ihren Beauftragten diesbezüglich die Kameraden aufmerksam zu machen. Der Vorstand.

Aus der Partei.

Die Einigung. In Dresden ist die Verschmelzung der beiden Parteizeitungen beschlossen. Von den Redakteuren des bisherigen USP-Blattes tritt Genosse Hennig in die politische Redaktion der „Dresdener Volkszeitung“ ein. Genosse Finsterbusch übernimmt den lokalen Teil unseres Pirnaer Kopfballes, während Genosse Edel in die Redaktion der „Reihner Volkszeitung“ und Genosse Otto Richter in die eines andern Parteiblattes eintreten soll. Die Zusammenlegung der beiden Zeitungen erfolgt Mitte des Monats; die „Dresdener Volkszeitung“ soll von da an den Untertitel führen: Organ der Vereinigten Sozialdemokratie.

Der Stand der belgischen Parteibewegung gibt Gen. Vanderveelde in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte“ folgendes Bild:

„Die Zahl der Parteimitglieder hat seit dem Krieg ungeheuer zugenommen; sie betrug 1911 228 675, 1912 253 869, 1913 276 161, 1914 188 095, 1919 892 302, 1920 620 492, 1921 633 377. Trotz der furchtbaren Prüfung des Krieges haben wir machtvoller da als je. Im Jahr 1921 erreichten die Einnahmen der Gewerkschaften 85 Millionen Francs. Die Versicherungen der Arbeiterpartei, die 1921, abgesehen von den gewerkschaftlichen Versicherungen, 272 000 Mitglieder umfaßten, errichten in den Hauptindustrienzentren des Landes vorbildliche Kliniken und Hospitäler, wo ihre Mitglieder unter sich sind, statt der Armenpflege anheimzufallen. Ansehnliche, die sich gern den „größten Industriellen des Landes“ nennen läßt, hat seinen Fischereifloße erworben: sechs Fischdampfer, die auf den Wogen der Nordsee die rote Fahne entfalten. Unsere sozialistischen Genossenschaften haben vier große Zentren: die Maison du Peuple in Brüssel, den Progrés in Jolimont, den Vooruit in Gent und die Union Coopérative du pays de Liège, die allein 200 Filialen zählt und 200 Volkshäuser besitzt.“

In Belgien besteht bekanntlich zwischen Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft eine enge Verbindung, die sich für alle drei Zweige der Arbeiterbewegung als segensreich erwiesen hat.

Die tschechische Sozialdemokratie ist in der neuen Staatsregierung vertreten durch die Genossen Běchyně (Unterricht), Šaberman (Sozialfürsorge), Šcha (Arbeiten) und Marko-witz (Vereinsleitung des Staatsgebietes).

Vorstandsamt für den redakt. Teil: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Bode, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin o. B. d. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 4. Circus 1. Auflage.

Was uns noch fehlte!

Der erste Gotteslästerungsprozess seit der Revolution.

Als der „Reigen“-Prozess beendet war, prophezeiten Kenner der neuen deutschen Republik, die nächste Aktion unserer Rechtspflege werde dem Schutz des kirchlichen Gottesglaubens gelten.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II fand der schon mehrfach angekündigte Prozess gegen den Schriftsteller Karl Einstein und den Verlagsbuchhändler Ernst Romohr statt.

von deutschkatholischer Seite Bestellungen über Bestellungen eingegangen. Diese Kreise haben doch nur Vergernis nehmen wollen.

Sachawachiat der Estimo.

Von Einar Mikkelsen.

Das war nicht recht von dem Gott der Weißen; er konnte unmöglich so gerecht sein, wie Mr. Hastings gesagt hatte und taugte im Grunde genommen sicher gar nichts.

Sachawachiat holte die Hände in ohnmächtiger Wut. „Da oben sitzt er,“ brach er aus und streckte die Arme gen Himmel.

Aber Sachawachiat hatte nicht im Sinne, sich so leicht nehmen zu lassen, er ging so weit vom Rande der Eisscholle fort wie möglich und sah sich um — nach was? — ja, er wußte es selbst kaum.

obwohl in seinem Buch noch lange nicht so scharf wie bei Moore Christus in den Mittelpunkt der modernen Zeitverhältnisse gestellt werde.

Ein konfessionsloser Kreuzzeitungsmann.

Darauf wird als Zeuge der Patrizier Schausler aus Reutlingen vernommen, der zuerst die Strafanzeige gemacht hat.

Christus der Gott der Deutschen sei, der Gott des christlichen Staates, und es sei unerhört, daß derartige geschrieben werden könne.

Das Urteil war bei Redaktionschluss noch nicht bekannt.

Die verzauberte Stunde.

Seit vielen Wochen endlich einmal wieder eine freie Nachmittagsstunde. Draußen lockt das freie Land. Das liegt am Rand der Weisheit.

dem türkischen Eis gehört, das Spalten hinter einem kühnen Jäger aufriß und ihn vom Festeis abschchnitt, so daß er nicht wieder ans Land zurückkommen konnte.

Er sah sich um. Ringsumher war Wasser, schwarz und unheimlich. Der Wind kam von Land und trieb die Scholle weiter fort zu dem Packeis hin, das etwas mehr vor ihm geschützt lag.

Er schauderte einen Augenblick. An den Tod zu denken, ist stets schwer, doppelt schwer, wenn er einen erst nach vielen unglücklichen Tagen des Hungers erreicht; doch er gab sich einen Ruck: viele, viele Male hatte er dem Tod ins Auge gesehen.

Er ging auf seiner Scholle auf und ab, und jedesmal, wenn er an ihr südliches Ende gelangte, stand er still, und indem er sich mit der Hand vor dem Sonnenlicht beschützte, durchforschten seine scharfen Augen den Horizont.

gewahrt plötzlich ein neues unbekanntes Gesicht an ihnen. Und das ist so, weil die Nacht sich ganz still und langsam aus der dunklen Erde hebt und ihre schwarzen Arme nach diesem einzig schönen Tag ausstreckt.

Heimwärts wendet sich der Schritt. Jetzt sind die Strahlen dunkelgrau und frostig. Weißes Laub raschelt spitz. In einem freien Erleuchtungsgarten läuft etwas zackig hin und her.

Die Brotkartenberechtigung.

Das Einkommen des Jahres 1921 ist maßgebend.

Die feinerzeit auch von uns wiedergegebene ziemlich unglücklich formulierte Verordnung über die Brotkartenberechtigung wird jetzt durch das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats etwas verständlicher erläutert.

Franz stellt sich selbst.

Gestern mittag um 1/2 1 Uhr erschien bei dem ersten Staatsanwalt Krause-Laureny der aus der Untersuchungschaft entwischene Ingenieur Franz mit seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Bahn, um sich, wie er in einem Schreiben an uns angekündigt hatte, wieder in Untersuchungshaft zu begeben.

Rastlos ging er auf und ab — immer noch gegen das Erfrieren ankämpfend. Schnee war nicht vorhanden, aus dem er sich eine Hütte oder einen Wall zum Schutz gegen den Wind hätte bauen können, der von dem dunkeln, steilen Cape Bisbourne eisalt herübergeweht kam.

Der Tag ging zu Ende, die Nacht brach an. Ständig wandelte er auf und nieder; aber die Natur verlangte ihr Recht, er fiel in Schlaf und erwachte erst wieder, als die Sonne am Himmel stand.

Das gab ihm neue Kraft. Er befand sich ja nun wieder auf der Reise nach Süden, zwar etwas langsamer als vorher und nicht herr seiner eigenen Bewegungen, aber es war doch die rechte Richtung, und es geschah möglicherweise, daß seine Scholle bei Point Hope, so nah an das Landeis kam, daß er hinüberspringen konnte.

Er ging auf seiner Scholle auf und ab, und jedesmal, wenn er an ihr südliches Ende gelangte, stand er still, und indem er sich mit der Hand vor dem Sonnenlicht beschützte, durchforschten seine scharfen Augen den Horizont.

Aber die Sonne verankert im Westen und tauchte in das Meer; ihre Strahlen färbten das Eis mit herrlichen Farben, rot mit dunklen Schatten, die den großen weißen Eisschollen Leben und Hintergrund verliehen, und selbst die Gegend nach Osten zu, die hohe steile Küste, vergoldeten ihre Strahlen.

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Stützt den Devisenkurs.

Zu dem neuen Markkurs macht die „Frankfurter Zeitung“ folgende beachtliche Ausführungen:

Es ist vollkommen klar, daß eine Heilung, die Dauer verspricht, heute von Deutschland allein nicht ins Werk gesetzt werden kann, denn erforderlich dazu ist eine Ermäßigung der Kriegsschuldlast auf die Grenze der wirklichen deutschen Leistungsfähigkeit. Ist die Gewährung einer Atempause von mehreren Jahren durch ein vollständiges Moratorium, ist Hilfe zur Selbsthilfe durch eine ausländische Kreditaktion, die uns Zeit zu innerwirtschaftlicher Gesundung schenkt. Solche Neuordnung von außen würde uns von der Pflicht zu eigener höchster Anstrengung gewiß nicht entbinden, im Gegenteil, spanisches Arbeiten und Leben würde uns auch dann und dann erst recht obliegen, um unsere Produktion zu steigern, unsere Ausfuhr zu erhöhen, unsere inneren Staatsfinanzen zur Steuerleistung zu ordnen.

Der neue Markkurs stammt auf der einen Seite aus dem realen Bedarf nach Devisen für die Zahlung der Einfuhr und für sonstige Auslandsverpflichtungen, und er stammt auf der anderen Seite und entscheidend aus dem Schwunde des Vertrauens in die Mark. So ergibt sich die doppelte Aufgabe: Dem Kapital- und Zahlverleiher eine andere, wertbeständige Anlagemöglichkeit zu schaffen, damit er auf das dann nicht mehr nötige Devisenkapital verzichte, und zweitens dem realen Devisenbedarf der Wirtschaft so viel Devisen zur Verfügung zu stellen, daß dieser Bedarf ohne weitere Kurssteigerung gedeckt werden kann. Für das erstere ergibt sich die Bereitstellung einer wertbeständigen, also auf Gold gestellten inneren Anleihe, am besten wohl in der Form von Goldschmelzen des Reiches; hier ist das Problem um Sicherung des Goldbestandes, die stark genug sein muß, um das Vertrauen der Kapitalisten und Sparer zu schaffen. Für das zweite aber zeigt sich nichts anderes als die Einziehung des Goldbestandes der Reichsbank, gegen dessen Verpfändung in gewissem Umfang Devisen im Ausland beschafft werden können.

Die Forderungen des demokratischen Volkes decken sich weitgehend mit denen unserer Genossen. Es ist nur zu wünschen, daß nun auch die Regierung ihre Konsequenzen daraus zieht und mit einer brauchbaren Währungsreform dem Währungsseind zu steuern sucht.

Zurückhaltung von Butter?

In einer kleinen Anfrage wurde auf Mitteilungen der Tageszeitungen Bezug genommen, wonach in Berlin Tausende von Zentnern Butter, die vor einiger Zeit zum Teil zu einem Großhandelspreis von 60 bis 100 M. für das Pfund eingekauft worden seien, zu Spekulationszwecken in Berliner Rühlhäusern lagern sollen. Durch die Zurückhaltung dieser Ware werde die sprunghafte Steigerung der Butterpreise beschleunigt. Diese Anfrage wird, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, der preussische Staatskommissar für Volksernährung folgendermaßen beantwortet:

Die Staatsregierung widmet der Frage der Verhinderung der Zurückhaltung von Butter zu Spekulationszwecken dauernd ihre Aufmerksamkeit. Bereits in den Tagen vom 14. bis 25. August d. J. hat das Polizeipräsidium Berlin umfangreiche Ermittlungen vorgenommen, die ergeben haben, daß bedeutende Vorräte von Butter nur im Rühlhause, Spandauer Str. 49, lagerten. Diese Butter gehörte der Meierei Bolle, die sie im Einvernehmen mit dem Er-

nährungsamt des Magistrats Berlin für die Zeit einer Mischnappheit im Winter zu Emulsionsmilch für die Versorgung der Bevölkerung verarbeiten will. Borgefunden wurden hier rund 1450 Zentner. In den übrigen Rühlhäusern wurden nur geringe Buttermengen festgestellt, die einen Bruchteil der im Vorjahre um die gleiche Zeit auf Lager genommenen Vorräte darstellten und den Bedarf des Großhandels für höchstens 2 Wochen decken konnten.

Die Preisprüfungsstelle Berlin, die gleichfalls wiederholt Rühlhauskontrollen vorgenommen hat, ist zu demselben Ergebnis gelangt. Auch nach ihrer Ansicht liegen Verdachtsgründe für eine strafbare Zurückhaltung von Butter zu Spekulationszwecken nicht vor.

Die Verwendung der 1450 Zentner Butter durch die Meierei Bolle wird besonders beobachtet werden. Der Polizeipräsident und die Preisprüfungsstelle Berlin sind mit Anweisung versehen worden, die Ein- und Ausgänge und die Lagerbestände an Butter in den Berliner Rühlhäusern für die kommenden Wintermonate besonders scharf zu überwachen.

Gebühren für die Tätigkeit der Kohlenstellen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ändert der Minister des Innern einen älteren Erlass über die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Tätigkeit der kommunalen Kohlenstellen in Uebereinstimmung mit dem Handelsminister und dem Finanzminister dahin ab, daß der Satz von 1 Mark je Tonne auf 3 Mark je Tonne erhöht wird. Diese Gebühren stellen im allgemeinen die Höchstätze dar, die in der Regel nicht überschritten werden dürfen. Keinesfalls darf der Höchstbetrag einer einzelnen Verwaltungsgebühr 60 Mark übersteigen. Die Gebühren sind grundsätzlich so zu bemessen, daß durch sie lediglich die entscheidenden Kosten der Kohlenstellen gedeckt werden. Sollten sich jedoch bei einzelnen Stellen Ueberschüsse ergeben, so sind diese Beträge im Interesse der gemeindlichen Heizberatung zu verwenden.

Die deutsche Kohlenbilanz im September. Anfang September wurde das Uebereichtensabkommen im Ruhrkohlenbergbau abgeschlossen, das eine bessere Kohlenverteilung der deutschen Industrie und des Hausbrauchs gewährleisten sollte, ohne dazu Auslandskohlen in Anspruch zu nehmen. Die Steigerung der Kohlenförderung, zu der die freigeistlich organisierten Bergarbeiter hier unter Verzicht auf ihre sozialpolitischen Forderungen willig ihre Hand geboten hatten, sollte also dazu dienen, die Verwendung von fremden Devisen zur Kohleneinfuhr einzuschränken und so im letzten Erfolg zur Besserung der Mark beizutragen. Infolge der kommunikativen Agitation, die auf das eitrige bestrebt war, die im Interesse des gesamten Volkes und vor allem des Proletariats liegende Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands hintanzubringen, und die auf diese Weise sich unmittelbar in den Dienst der Devisenspekulanten stellte, zeitigte das Uebereichtensabkommen bisher noch nicht den gewünschten Erfolg. Nursten doch noch im Monat September 1275000 Tonnen Steinkohlen aus dem Ausland eingeführt werden, während der Monat August einen Einfuhrbedarf von 1800000 Tonnen gebracht hatte. Es sind also nur 25000 Tonnen weniger eingeführt worden als im Vormonat. In diesen Zahlen ist die Einfuhr an Kohle aus dem Saargebiet nicht enthalten. Was die Förderung des Ruhrgebietes selbst angeht, so zeigt sie eine Steigerung der arbeitstäglichen Förderung um etwa 8000 Tonnen, zahlenmäßig ist die Gesamtförderung im September mit 7,9 Millionen Tonnen sogar noch etwas geringer als im August, wo 8,8 Millionen Tonnen gefördert wurden; doch liegt das daran, daß der August einen Arbeitstag mehr hatte als der September. In verhältnismäßig ist dabei allerdings noch, daß die Zahl der Bergarbeiter in diesem Monat noch etwas zugenommen hat, doch ist die Steigerung der Belegschaft verhältnismäßig geringer als die der Kohlenförderung. Immerhin ist das Ergebnis der geleisteten Mehrarbeit längt

nicht so erheblich wie bei den früheren Uebereichtensabkommen. Nun ist im Auge zu behalten, daß die Einführung von Mehrarbeit regelmäßig erst nach einigen Uebergangsschwierigkeiten voll in Gang kommt, so daß man hoffen kann, daß auch die Früchte des jetzigen Uebereichtensabkommens bald deutlicher hervor treten werden. Gleichwohl ist der Verlust an Steinkohle, der dem Ausfall der erwarteten Mehrförderung entspricht, zu bedauern, und es bleibt zu wünschen, daß nicht auch weiterhin der Dienst am Volke, zu dem sich die Mehrheit der Bergarbeiter in erfreulicher Opferbereitschaft bereit erklärt hat, durch wenige gewissenlose Drahtzieher in Frage gestellt wird.

Die neue litauische Währung. Am 1. Oktober ist die neue litauische Währungseinheit, der Litas, dem Verleiher übergeben worden. Die Nachfrage war so groß, daß seine Parität überschritten wurde. Am 5. d. Mts. notierte die Kommoder Börse: New-York = 10 L., London = 46,5 L., und Berlin 100 M. = 0,46 1/2. Am 6. d. Mts. zahlte man für den Litas 200 M.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amtliche Notierungen nachzutragen: 100 österr. Kronen 2,69 Geld, 3,72 Brief, 100 tschechische Kronen 10,187,25 Geld, 10,212,75 Brief, 100 ung. Kronen 120,84 Geld, 121,18 Brief, 100 bulg. Leta 1897,60 Geld, 1902,40 Brief. — 100 poln. Mark gelten im Freiverkehr etwa 20,80 Mark.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Arbeiter-Samariter-Kolonie Berlin, e. V., Abteilung Vankow. Der Kurus findet nicht Schule Schulstraße am Mittwoch, den 11. Oktober, abends 7 Uhr. Sonntag im Jugendheim Reize Straße 32.
- Republikanischer Jugendbund Schwarz-Rot-Gold. Donnerstag, den 12. Oktober im Schwedisch-Sozial Hausmann-Platz.
- Gesellschaft für Sozialreform. Donnerstag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr. Bild Frau Dr. Rosenfelder, M. d. L., in der Konditorei Dobbin, Spandauer Straße 7, am Hagedorn Platz (Hinterzimmer), einen öffentlichen Vortrag über „Das Verlangen der Schule in der Sozialreform“.
- Veranstaltung für Schul- und Erziehungswesen. Berlin-Verkehr. Öffentliche Versammlungen Freitag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im Reichsanhaltischen Schulhaus Nr. 1, Der freie Unterricht (Herr Lehrer Frick Hansberg aus Bremen). — Samstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Neue Straße 7, „Religionsunterricht und religiöse Erziehung“ (Herr Frick Hansberg).
- Münchener „Kantone“. Bezirksversammlung am Donnerstag, den 12. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, im Hakenburg-Realschulhaus, Curiedstr. 32.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief muß einen Aufhänger und eine Nummer bei. Bitte den Briefträger fragen, was in der Briefkasten-Zeitung, in den 1. u. 2. Teil part. links, vor. Schriftsätze und Besuche sind mitzubringen.

O. W. Wir können darüber keine Auskunft geben, da uns die Verhältnisse nicht bekannt. — E. L. 23. Fragen Sie bei der Buchhandlung an.

H. W. 1. Kurt Platin; Berlin, Groß Markt, Berlin. 2. Otto-Verlag Wilhelm Müller Verlag, Dresden-A., Jägerstr. 35. 3. Zeitungsverlag, Berlin, C. Köpenick 24.

H. W. 24. Wenn Sie sich an die Bundesversicherungsanstalt, Am Rühlhause, Post 3, — M. 16, St. Bern. — E. L. 1. und 2. Die geistliche Seite ist nur dann zu zahlen, wenn eine förmliche Erklärung des Beamten über die Höhe vorliegt, die an Stelle der verbleibenden Mittel bis zur nächsten letzten soll. Solange diese Erklärung nicht abgegeben worden ist, hat der Hauswart keinen Anspruch auf die geistliche Seite. 3. Wiederholen Sie die Frage unter Angabe der Gesamtgrundstücke.

Korpulenz - Fettleibigkeit sind
Dr. Hoffbauer's ges. gesch. **Entfettungs-Tabl.**
 ein vollkommen unschädliches und erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Nebenwirkung. Kein Abführmittel. Ausführl. Broschüre gratis.
Elefanten-Apotheke Berlin SW, Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz).

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
 Neu einstudiert
 8 Uhr
Salome

Volksbühne
 7 1/2 Uhr
Verschwander

Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr
 Die Hochzeit
 Adrian Brouwers

Deutsches Theat.
 1231-1650
 7. Abonnement-Vorst.
 8 U. Simon oder Scham u. Eifer-sucht
 Donnerstag, 1651-1750
 7. Abonnement-Vorst.
 8 U. Simon oder Scham u. Eifer-sucht

Kammerspiele
 8 Uhr Gastspiele
 d. Russ. Theaters
 „Kikimora“
 Do. 8. Gastspiele
 d. Russ. Theaters
 „Kikimora“

Gr. Schauspielh.
 (Karlstraße)
 7 1/2 Uhr Wilder-schützen
 Kneifer, Bergner, Grätz
 Do. 7 1/2 Uhr Wilder-schützen
 Kneifer, Bergner, Grätz
 Sonntag, d. 13. Okt.
 7 1/2 Uhr Danton

Theater l. d. Königsgrätz Str.
 8 Uhr, Geschichte
 d. Kapellm. Kreisler
 Do. 8 Uhr, 10. Jahre
 Fr. Jedin v. Toledo

Komödienhaus
 7 Uhr zum 1. Male
Henne i. Korb
 Lustig v. Br. F. F. F.
 Eise Leckersch
 Georg Alexander

Berliner Th.
 7.11. Madame
Pompadour
 Fritz Masaryk a. O.
 Klam, Wif, Radu, Jahn,
 Klam, Hilt, Jahn

Internat. Varieté
 Tägl. 8 Uhr

Russisches Romanisches Theater
 Friedrichstraße 218 (Apollo-Theater)

Die Maienkönigin
 Schiller-Oper (Oper) in einem Aufzuge von Glück.
 In Szene gesetzt von Boris Romanoff.
 Dekorationen u. Kostüme von Leo Zack.

Les Millions d'Arlequin
 Pantomimisches Ballett in einem Akte nach
 Marius Petipa. Musik von Drigo.
 Bearbeitet u. in Szene gesetzt v. Boris Romanoff.
 Vorzug. Dekorationen und Kostüme von
 W. Bobermann und P. Hossion.
 Kostüme im Prozenium von Montedoro.

Mitwirkende: Elena Smirnowa, Primaballerina, Boris Romanoff, Anatolj Obuchoff, Erster Solotänzer.

Erstaufführung
 am Sonnabend, den
14. Oktober 1922
 abends 7 1/2 Uhr.

Gudals Festgelage
 Musik von A. Rubinstein.
 Tanz-Gemälde von Boris Romanoff nach
 Lermontoffs „Dämon“.
 Dekorationen und Kostüme von Pogdajeff.

Bojarenhochzeit
 Musik von
 Gluka, Rimsky-Korsakoff und Dargomizki.
 Tanz-Gemälde von B. Romanoff nach einem
 russischen Thema.
 Dekorationen u. Kostüme v. Paul Tschelischtscheff

Residenz-Th.
 Täglich 8 Uhr
Der große Erfolg
 Lady
 Windermeres
 Pächter
 Arntstadt, Sandrock
 Tonle, Falkenstein

URANIA
 Täglich 8 Uhr
 Prof. Karbaum
 Meise Reise von
 Athen nach Kreta
 Hossal, 8 1/2 Uhr
 Prof. Isaberner
 Haldeane: Hand-
 feischnat
 Invalidenstr. 8 Uhr
 Emma Kortmann,
 Frühling u. Necker

WINDMÜHLEN
 Täglich 8 Uhr
Varieté-
Spieldplan
 Reizvoll gestaltet!

Komische Oper
 (7 1/2) Dr. James Klein (7 1/2)
 Die große internationale
 Revue in 25 Bildern:
Europa
spricht
davon!!
 Ueberrührt Paris und London an
 Pracht und Ausstattung und ist
 das Fabelhafteste, was auf
 einer Bühne gezeigt worden ist
6 Pracht-Ballette!!
200 Mitwirkende!!
 Mister Jackson v. Alhambra-
 Theater in London mit seinen
 englischen Girls
 Hauptdarsteller:
 Margit Suchy, Rosa Felseng,
 Balzer-Lichtenstein, Max Landa,
 Albert Kutzner, Bruno Kaxner,
 Arnold Rieck, Mimi Meitzi, Elga
 Reval, Walter, Spira, Harriely usw.
 Vorverkauf ununterbrochen.

Kleines Th.
 Täglich 8 Uhr
Agnes Jordan
 v. Georg Hirschfeld
 Irene Triesech
 Eugen Burg, Olga
 Limburg, Ios Klein,
 Schneider-Nissen

Trianon-Th.
 Täglich 7 1/2 Uhr
Erika Glässner
 in
Lissi
 die Kokotte
 Albers, Klübertanz

Rennen zu Karlshorst
 (Unionsklub)
 Mittwoch, den 11. Oktober
 mittags 12 1/2 Uhr
 Suchen dringend von Privaten zu Börsenpreisen

Russ.-Rom. Theater
 Friedrichstr. 218 (Apollo-
 Theater)
 Uraufführung
 am 14. Oktober 1922
 abends 7 1/2 Uhr:
 Maienkönigin. Les
 Millions d'Arlequin.
 Gudals Festgelage.
 Bojarenhochzeit.
 Künstlerisch. Leiter
 Boris Romanoff.
 Saletim, des einig-
 valster. Theaters in
 Petersburg

Theater des Ostens
 (Rosa-Theater)
 7 1/2 U. Bachstolzchen

Schlafzimmer
 Ein. Schlafz.
 Wohnz., Küche,
 Speisekammer
 Kaminheizung
 Weberbaum
 Kichen
 Kleiderschrank
 Ständer
 Einzelmöbel
 Große Wassabi
 Einem billigen Preise
 932 überhaus
Hans Lennert
 Berlin N 84
 Grolschenerstr. 55
 a. Holtenauerstr.
 Verkaufzeit 8-5.

**Genügende Herren-
 u. Damenmode**
 sowie
 ganze Nachlässe
 kauft u. verkauft
Koch, Neukölln
 Bergstr. 55, Laden

Die Abtreibung
 der Leibesfrucht
 von Grotzahn
 u. G. Radbruch
 Wichtig für
 Eheleute, Ärzte
 und Hebammen!!
 Preis 1,- Mk.
 Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW, Lindenstr. 2

Allen voran
 beim Einkauf von
Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch
 Uhren, Zahngebläsen,
 Ketten, Münzen, Bestecken
 als renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
 Artilleriestraße 30
 5 Min. vom Bf. Friedrichstraße
 u. Passauer Str. 12
 (Gute Ausburger Straße)
 3 Minuten v. Wittenbergl.-Zoo
 Tel.: Norden 1656

Circus Busch
 Tägl. 7 1/2, 9, 10 1/2 Uhr
Ungelöste
Rätsel!
 15 sensationelle 15
 Vorv. Wertheim
 u. Circuskassen

Casino-Theater
 8 Uhr: So. Heller Platz
 L. Bismarck
 Hummelfahrt

Reichshallen-Th.
 Abends 7 1/2 Uhr
 Sonntag, 11. Okt.
 10 Uhr: Preise
STETTNER
 8 Uhr: Schö-
 nheit
 10 1/2 Uhr: V.

Theat. a. Notbus Tor
 Marktplatz 10077
 jeden Abend 7 1/2 U.
 und Sonn-
 tag nachm.
 3 Uhr
ELITE-
Sänger
 Volks-
 preis!
 Vorv. 11-12, 1-4-6

Der Blaue Vogel
 Goldstraße 9
 Nollendorf 1613
 Abends 8 1/2 Uhr: Das neue
 dritte Programm. Vorverkauf an
 allen Theaterkassen und an der Kasse
 d. Theaters v. 11-12 u. ab 6 Uhr abends.

WIENER BERLIN
 Jägerstr. 62a
 8-10 Uhr: Das Ries-Varieté-Programm
 4-10 Uhr: Kaffee u. liter.
 abend. Tanz-Vorführg.
 KALTE U. WARMER KÜCHE
 GROSSE BIER-ABTEILUNG

**Ortskrankenkasse f. das Maurer-
 gewerbe in Berlin**
 Bekanntmachung
 Die vom Vorstand am 29. September
 1922 beschlossene 10. Generalversammlung ist
 nach Uebereichtensabkommen Berlin am
 7. Oktober 1922 einberufen worden und
 ist am Montag, den 16. Oktober 1922, im
 Kraft. Gedruckt sind die 95 2. 14. 25.
 39, 47 und 62. In Beträgen werden
 vom 16. Okt. 1922 an 5 dem Hundert des
 Grundkapitals erhoben. Durchläufe der Ab-
 gabe sind im Rechenlokal erhältlich.
 Berlin, den 11. Oktober 1922.
 Der Vorstand, 25-25
 E. Thies, Vorf. R. Freund, Schriftf.

